

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Jakobstraße 48, Fernsprecher 1667. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 8, Fernsprecher 961.

Bränumeration zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Bezug in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 M., 2 Exemplare 2.90 M. In der Expedition und den Verkaufsstellen vierteljährlich 2 M. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 erst. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationspreis: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Bekanntheitsfall 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 500

Nr. 61.

Magdeburg, Mittwoch den 14. März 1906.

17. Jahrgang.

„Kulturbilder“ aus der Kali-Industrie.

Auf die vor 40 Jahren zuerst achtlos beiseite geworfenen „Abraumfäße“ im Staßfurter Salzbergwerk hat sich im Laufe einer verhältnismäßig sehr kurzen Zeit eine großartige Industrie gegründet, die den Kapitalisten ungeheure Reichtümer einbringt. Die Solbawerke in Bernburg wirtschafteten jährlich einen Rohgewinn in Höhe von 60 bis 70 Prozent des Aktienkapitals heraus. Die Kaliwerke in Aschersleben, Staßfurt, Westeregeln usw. bringen den Unternehmern märchenhafte Gewinne. Sehr begreiflich darum ihre Abneigung gegen die fortwährend neu entstehenden Werke, denn sie drohen den Reingewinn der alten Syndikatswerke zu schmälern. 1904 schlossen 29 Werke den neuen Syndikatsvertrag ab, 1905 kamen schon wieder 3 neue Werke hinzu und 1906 ist das Syndikat schon wieder genötigt worden, mit den inzwischen neu in Betrieb gekommenen Werken Sollstedt, Kornenburg und Roßleben ein Abkommen zu treffen, das die Abzugquote der alten Syndikatswerke prozentual schmälert. Die Krisis im Kaliyndikat ist chronisch, denn von den noch vorhandenen über 130 Kaliunternehmungen werden fortgesetzt mehr in Förderung treten und jedesmal werden sich die Vorgänge wiederholen, die aus den Verhandlungen mit den Nichtsyndikatswerken bekannt sind.

Im vergangenen Jahre vermochte das Kaliyndikat seinen Umsatz von 4 191 422 Doppelzentner auf 4 820 229 Doppelzentner zu erhöhen. Dadurch kamen die Werke noch sehr gut über die ihnen auferlegte prozentuale Fördereinschränkung hinweg. Das Jahr 1905 ist ein glänzendes für die Kaliindustriellen gewesen. Dies beweisen folgende Ueberübersicht: sie betrugen bei Karlsrund 1905 1 132 425 Mark (1904 900 000 Mark), Wagnitzsch 1 200 000 Mark, auf Sonderburg 1 958 528 Mark (1 751 545), Hedwigsburg 1 038 600 Mark (981 000), Wintershall 1 024 823 Mark (925 074), Burbach 1 312 306 Mark (802 247), Aschersleben 1 600 000 Mark (1 400 000). Pro Tonne zahlen Ausbeute Peienrode 600 Mark (500), Hercynia 1800 Mark (1500), Hohenfels 690 Mark (570), Hohenzollern 500 Mark (320), Kaiseroda 600 Mark (450), Neustaßfurt 1200 Mark (975).

Die Kaliindustriellen befinden sich also in glänzender Lage. Wie aber steht es mit den Arbeitsschienen, die doch sozusagen auch ein Recht zum Leben haben, zumal da ihre Leistung so hochwertig ist? 1903 lieferte jeder Arbeiter des fiskalischen Werkes Staßfurt 800 Mark Ueberfluß, 1904 aber 1580 Mark! Wie leben die Arbeiter?

Solchen Nationalökonomien, die ohne weiteres von der Prosperität einer Industrie auf „gestiegenen Volkswohlstand“ schließen und über die „Verelendungstheorie“ spötn, ist zu raten, eine Studienfahrt in das Magdeburger-Saazer Kaliindustriengebiet zu machen. Dort kann man eine Arbeiterschaft kennen lernen, die für den Unternehmer aus Dreß Geld macht und über selbst des Allernotdürftigsten ermangelt.

Sehen ein Gang durch die Straßen von Staßfurt- Leopoldshall, Egeln, Asendorf, Westeregeln, Unseburg usw. beweist uns, wie verabsorbt die Arbeiter wohnen. Die Häuser sind vielfach in einem banfälligen, ekelregend schmutzigen Zustand. Nicht wenige liegen unter dem Straßenniveau; so kommt es, daß bei Regenwetter der Schlamm nur mit Mühe aus den Wohnungen fern gehalten werden kann. In staßfurtlichen Hinterhäusern, die selbst für eine rationelle Viehhaltung zu miferabel sind, wohnen sehr viele Familien. „Aesthetische“ Naturen werden sich schon entsetzen, wenn sie das Neuzere dieser menschlichen Behausungen betrachten. Aber bitte, einreten!

Ein düstiger Schwaden schlägt uns entgegen. In einem Raum, der 3 bis 4 Meter im Quadrat groß ist, niedrig, rauchig von dem Dsenquaim, hocken oft über ein halbes Duzend Menschen. Nebenan ist eine Kammer; wir sehen solche, nur 2 Meter breit und 3½ Meter lang, und darin landen 4 Betten oder bettenähnliche Lagerstätten. In diesem für den Kulturmenschen entsetzlichen Raum schlafen 4, 5, 6, ja bis 9 Personen zusammen! In einem kleinen, niedrigen, schlecht ventilierten Zimmer, dessen Fenster auf den mit überreichenden Abfällen usw. bedeckten Hof hinausgehen! Erwachsene Personen beiderlei Geschlechts schlafen dicht zusammen, die Eltern schlafen mit erwachsenen Söhnen und Töchtern in einem Raume! Drei ja vier Menschen in einem Bett!!! Das sind durchaus keine Ausnahmen. Mehr als ein Zimmer und eine Kammer bewohnen nur wenige Familien. Natürlich sind die Beamtenwohnungen viel besser. Die Herren Direktoren bewohnen hübsche Villen, die das jährliche Wohnungsgeld der Arbeiter erst recht hervortreten lassen.

Und nun bedenke man, daß in der Arbeiterschaft, beson-

ders der chemischen Fabriken, bössartige, zum Teil ansteckende Krankheiten zahlreich sind. Ein Familienvater ist schwerlungenleidend, schläft aber mit seinen sämtlichen fünf Angehörigen zusammen in einer Kammer! Ein anderer Arbeiter ist sehr stark von den fressenden Dämpfen mitgenommen, er hat ein entsetzlich entstelltes Gesicht, verbreitet einen überriechenden Geruch, aber seine Lagerstätte befindet sich in der einen Kammer, inmitten eines Trupps Angehöriger. Die Arbeitskleider verbreiten infolge ihrer Durchsättigung mit Chlor- oder Bromdämpfen einen fürchterlichen Gestank. Die Kleider hängen in der Wohnung, der atembeklemmende Dunst durchzieht das ganze Haus, legt sich auf die Brust der halbwüchsigen Kinder und der Säuglinge! Man schaue diesen Kindern in das fahle Gesicht. Die eingeschauenen Augen reden eine fürchterliche Anklage gegen die barbarischen Zustände, unter denen dieser Volksnachwuchs verkrümmert.

Warum nehmen die Armen keine größere, lustigere Wohnung? Weil schon die zweizimmerige einen zu großen Teil des Lohnes verschlingt, der an sich schon zu niedrig ist. Die Kaliindustriellen zahlen selbst an erwachsene und verheiratete Arbeiter Tagelöhne von unter 3 Mark bis 3,50 Mark. Einen Lohn von 4 Mark hatten alle die Arbeiter nicht, die wir in ihren höhlenähnlichen Wohnungen aufsuchten. Millionen und aber Millionen Mark Ueberfluß wirft die Industrie ab, die Arbeiter aber siechen buchstäblich wegen erbärmlicher Ernährung dahin. Fleisch — ja Fleisch, soweit es überhaupt noch gekauft wird, bekommt viertelstündweise der Vater mit zur Arbeit, oder ein Viertelstund Käse, oder auch gar nichts andres als Brot und Margarine mit Quark. Warmes Essen erhalten viele Arbeiter den ganzen Tag nicht. Kommen sie von der Schicht, dann erwartet sie eine auf „Kraftnochen“ gekochte Kartoffelsuppe mit einem Glas Bier. Die Arbeiter erhalten in der Wohnung die Arbeitskleiden den Drohnen; den Vergleuten und Fabrikarbeitern ist Kartoffelsuppe, Pferdefleisch und Quark tägliche Nahrung. Darum kann sich das arbeitende Volk nicht kräftigen, es muß sich körperlich zurückentwickeln; schon im 35. bis 40 Lebensjahre manken viele Arbeiter dahin wie Greise. Wer 5 oder 6 Jahre in der Chlor- oder Bromfabrikation tätig ist, kann sich zum alten Eisen rechnen, wenn er in solchen Verhältnissen lebt wie die von uns besuchten Familienväter. Die Lunge ist zerfressen, die Brust schmerzhaft, kalter Schweiß bricht aus selbst bei geringer Anstrengung.

Mein Wort ist hiervon übertrieben, wer's nicht glaubt, gehe in die Glendstättchen der Kaliarbeiter. Suche die nassen, dumpfen Hinterhäuser an, wo der Boden ungedieft, der ganze Raum mit entsetzlichen Dünsten geschwängert ist. Dort leben die Proletarier, die ihren „Brotherren“ ein Leben voll Freude und Genieß ermöglichen. Dort leben die Proletarier, die der Kaliindustrie ihre weltbeherrschende Stellung mitzuschaffen helfen, dort können die bürgerlichen Volkswirtschaften Studien machen über die „Hebung des Volkswohlstandes“.

„Kulturbilder“ sind dort zu schauen, vor denen der Menschheit ganzer Jammer uns erfährt. Aber auch ein brennendes Verlangen, diesen Armen zu helfen, ihnen die Heilsochenschaft der Organisation und des Sozialismus zu verkünden. Wer mithilft bei diesem Werke, der wird freudig alle Verdächtigungen und Verleumdungen ertragen in dem Bewußtsein, eine wahrhaft soziale Arbeit zu leisten. ch.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 13. März 1906.

Die toten Revolutionäre in Polizeihut.

Am 21. Januar hat die preussische Regierung das königliche Schloß in Berlin gegen das „treue Volk“ in Verteidigungszustand versetzt, und die Kadetten von Großlichterfelde gelobt, ihrem König die Treue im Straßenkampf zu bewahren. So lebendig ist noch das Andenken der Märzgefallenen des Jahres 1848, daß man ihre Wiederkehr täglich erwarten zu müssen glaubt. Es versteht sich daher, daß die berechnete Vermutung, die Berliner Arbeiter würden in diesem Jahre des Wahlrechtskampfes das Andenken ihrer Vorkämpfer für Preußens Freiheit, besonders festlich ehren, in höheren Kreisen abermals zu den schwärzesten Befürchtungen Anlaß gegeben hat. Der 18. März fällt diesmal auf einen Sonntag. Zehntausende oder vielleicht Hunderttausende von Arbeitern werden möglicherweise an diesem Tage den Wunsch hegen, den Barrikadenkämpfern der Konstitution und des gleichen Wahlrechts ihren Gruß zu entbieten. . . .

Und in Preußen ist das schon einmal so: wenn dergleichen einer für sich allein tut, so wird es ihm noch gnädig erlaubt, denn für den einzelnen besteht merkwürdigerweise

noch immer das Recht, sich innerhalb gesetzlicher und polizeilicher Schranken frei zu bewegen. Tun es aber tausend zugleich, so wird die Sache schon bedenklich und da müssen mindestens fünfzig Schutleute am Wege aufgestellt werden, um die feindliche Masse zu beobachten. Tun es aber zehntausend oder gar hunderttausend, so ist es ein Staatsverbrechen, das unter Umständen mit sofortiger Erschießung und nachträglicher Einperrung der Lebendgebliebenen zu bestrafen ist.

Der Gang der Arbeiter zu den Gräbern der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain könnte also am Ende eine Straßendemonstration werden, ohne ein nicht genehmigter Aufzug zu sein. Denn ein Aufzug erfordert Organisation, feste Anordnung, Bildung von Reihenreihen usw. dgl. mehr. Darum kann es sich aber in Berlin nicht handeln, sondern nur um einen spontan aus dem Volksbedürfnis entstandenen Massenspaziergang, der ebensowenig angeordnet wie verboten werden kann.

Was tun? fragt also die preussische Regierung, und das gehorfsamste und spibobrigste ihrer Freyorgane, die „Tägliche Rundschau“, dieselbe, die durch ihre frechen Lockspiegelgeschichten die ungeheuerliche Polizeiblamage vom 21. Januar verschuldet hat, weiß auch schon die Antwort auf diese Frage: der Friedhof der Märzgefallenen soll am 18. März 1906 von der Polizei abgesperrt werden.

Die „Tägliche Rundschau“ nennt diese Nachricht ein Gerücht, dessen Bestätigung abzuwarten bleibe. In Berliner Volkstreuen hat man davon nichts gehört — man ist dort wohl noch immer zu naiv, um sich eine solche — Vorsichtsmahregel ausdenken zu können. Wenn man aber weiß, woher die würdige „Tägliche Rundschau“ ihre „Gerüchte“ zu holen weiß, so kann man sich über die Absicht der Regierung dieses neueste Gerücht zu vernehmen.

Die Berliner Polizei hat sich am 21. Januar so anständig und vernünftig benommen, daß man ihr die Ausbedung dieses Planes kaum zutrauen kann. Man wird wohl noch ein paar Schritte höher hinaufgehen müssen, um den wirklichen Urheber zu finden. Die Berliner Polizeileutnants und Schutzleute kennen die arbeitende Bevölkerung Berlins gut genug, um zu wissen, daß diese Bevölkerung nur mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln für ihre Wahlrechtsforderung demonstrieren will. In höheren Kreisen aber hat man eine andre Auffassung von dem Volk, dem Pöbel, der Kanaille, und so mag man dort auf den Gedanken gekommen sein, das Volk am 18. März durch einen Polizeifordon von seinen toten Freiheitskämpfern zu trennen.

Die preussische Regierung hält die Freiheit gefangen, sie verweigert den preussischen Staatsbürgern das gleiche Recht, sie verfolgt das freie Wort. In ihren Augen sind die Barrikadenkämpfer für Freiheit und Gleichheit nur Schnorrer und Verschwörer. Aber was der Reaktion auch gelingen sein mag, den „Ludergeruch der Revolution“ hat sie in Preußen in achtundfünfzig Jahren nicht auszutreiben vermocht. Der Haß, mit dem sie die Helden des 18. März, die Vorkämpfer des gleichen Preußenwahlrechts verfolgt, wird die Flammen der Begeisterung in ganz Preußen nur zu hellerem Brande anfachen.

Keine Polizeigewalt wird das preussische Volk daran hindern können, seine Toten zu ehren. —

Das „deutsche Gemüt“.

Eine deutsche Hilfsaktion für Courrieres schlägt das „Berliner Tageblatt“ vor. Obwohl dieses Blatt weiterhin den Bericht des französischen Ministeriums abdruckt, aus dem hervorgeht, daß es in der Mordgrube schon seit acht Tagen gebrannt hatte, nennt es das kapitalistische Massenverbrechen von Courrieres ein „Elementarereignis, dem gegenüber der Mensch völlig hilflos dasteht“, und rät dem deutschen Bürgertum, eine „Politik des Herzens“ zu treiben, durch welche die sozialen Gegensätze der Massen und die nationalen Gegensätze der beiden Staaten verschönt werden sollen. Es erläßt daher einen Aufruf an das „deutsche Gemüt“, es möge den Hinterbliebenen der französischen Bergleute hilfreich beistehen.

Wenn die deutsche Bourgeoisie Geld nach Courrieres schicken will, so wird dagegen nichts einzumenden sein, vorausgesetzt nämlich, daß die Hilfsaktion nicht durch die Fügigkeit der deutschen bestehenden Klassen zum Geppöt der Welt wird. Im übrigen ist es in diesem Falle nicht notwendig, nationale Gegensätze auszugleichen, da das arbeitende Volk Deutschlands in der Beurteilung dieses nachlosen Verbrechens mit seinen Brüdern in Frankreich völlig einig ist. Auf der anderen Seite aber scheint, wie das Beispiel des „Berliner Tageblatt“ zeigt, auch die französische und die deutsche Bourgeoisie völlig eins zu sein in der Absicht, die Bedeutung

des Ereignisses von Courrières zu vertuschen und das Syndikat für Vergarbeltermord unter seine schützenden Fittiche zu nehmen.

Die Kapitalisten Deutschlands täten besser, wenn sie bei der Lektüre der Berichte aus Nordfrankreich sich sagen würden: Es ist die Geschichte deiner eignen Verbrechen, die hier erzählt wird. Die Massenkatastrophe von Courrières verhehlt mir ganz zeitweilig die gestern schon erwähnte unheimliche Statistik, aus der hervorgeht, daß in der Zeit von 1893 bis 1902 von tausend im Kohlenbergbau beschäftigten Arbeitern umkamen in

Preußen	2,40
England	1,39
Belgien	1,20
Frankreich	1,14

Soll Preußen den traurigen Ruhm verlieren, in dieser Statistik „in der Welt voran“ zu sein, so wird es weit größerer Opfer bedürfen als jener, die die deutsche Kapitalistenklasse für die Hinterbliebenen der Mericourtgrube zu bringen bereit ist.

Seltene Gesichtsauffassung.

Wilhelm 2. hat am Montag an die Rekruten in Wilhelmshaven eine Rede gehalten, über deren Inhalt der getreue Scherl wie folgt berichtet:

Die Rekruten sollten der großen Taten des deutschen Volkes eingedenk bleiben, aber auch aus den selbstverschuldeten Schicksalschlägen desselben lernen. Er erinnerte an die Schlacht bei Zena 1806 und mahnte, Glauben und Vertrauen auf Gott zu behalten; der Arme von Zena habe das gescheit. Deshalb sei die Schlacht von Zena verloren gegangen.

Die Offiziere, die über diese Rede berichten, würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie nun auch den Geistescharakter nachweisen würden, auf den sich die Auffassung des Königs von Preußen stützt. Wir haben aus bürgerlichen Geschichtswerken gelernt, daß der Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806 infolge seiner reaktionären Verankerung und pietistischen Verjüngung erfolgt sei. Dann sollen es die freisinnigen Reformen Steins und Hardenbergs und die Ausbreitung fichtelscher Ideen — jenes Fichte, den die Frommen als Atheisten verfolgten — gewesen sein, die dem Staate Preußen die Kraft zum Wiederaufbau liehen.

Nun soll es aber nach der Rede des preussischen Königs gerade umgekehrt gewesen sein. Was als vollkommen richtige Wahrheit der Geschichtsforschung gilt, wird in der Rede des Kaisers in sein gerades Gegenteil verwandelt. Nun wäre es Sache der Geschichtsprofessoren an den preussischen Universitäten, dem Monarchen ergebene Vorstellungen darüber zu machen, daß er die Rekruten in Wilhelmshaven irrtümlich unterrichtet habe.

Es wäre, aber es wird nicht sein.

Engleichig.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Montag wieder **Spezialgesetz für Wäpse** 2686

ziemlich die ganze Sitzung am Vorabend von Verhandlungen über Bahnhofsanlagen usw. verdrängt.

Allgemeines Interesse hatte nur am Schluß der Sitzung die nachmalige Aufrollung der Sachen des Spremberger Eisenbahnungsglücks. Eine Petition, welche den zweigleisigen Ausbau der Strecke Rottbus-Görlitz verlangte, war von der Budgetkommission in Rücksicht auf die Verhandlungen über die Interpellation wegen des Spremberger Eisenbahnungsglücks durch Hebergang zur Tagesordnung erledigt worden. Vom Abg. Schandendorf, dem Vertreter des Görlitzer Wahlkreises, wurde beantragt, diese Petition der Regierung zur Erwägung zu überreichen. Der genannte Abgeordnete wies auf den steigenden Sommerverkehr nach dem Riesengebirge hin, und die Abg. Seyditz, Hirschberg und v. Ditzgen traten ihm bei. Auch über die Neuordnung des Telegraphendienstes auf den Strecken wurden einige Bemerkungen gemacht, da sich bei der Gerichtsverhandlung wegen des Spremberger Unglücks herausgestellt hatte, daß in bezug auf den telegraphischen Nachrichtenverkehr vieles im argen liege.

Kamers der Eisenbahnverwaltung erklärte der Unterstaatssekretär fied die Organisation des Telegraphendienstes für ausgereicht, und den Ausbau der Strecke Rottbus-Görlitz mit zwei Gleisen für nicht notwendig. Der Antrag v. Schandendorf wurde aber angenommen und führt hoffentlich dazu, daß die Eisenbahnverwaltung endgültig ihren vom engbegrenzten Bureaukratismus diktierten Standpunkt aufgibt.

Am Dienstag sollen der Eisenbahner und die noch verbleibenden Teile des Enns in gleicher Sitzung zu Ende beraten werden.

Rechter Hand, linker Hand...

Durch den Deloyrach ist bereits berichtet worden, daß die sozialdemokratische Fraktion der italienischen Kammer eine Tagesordnung Ferris angenommen hat, wozu die Fraktion für die Regierung Serio zusammen kam. In der Resolution heißt es: Die sozialistische Gruppe erkennt an, daß das Votum kein politisches Vertrauen zu irgend einer stehenden Regierung haben könne, daß es aber im gegenwärtigen Falle im Interesse der arbeitenden Klassen liegt, die Tätigkeit einer sogenannten liberalen Regierung zu verhindern, die in Wirklichkeit nur die Geschäftspolitik begünstigt und mit den Merkmalen im Grunde haben würde. Aus diesen Gründen sei zu entscheiden, ein der Regierung günstiges Votum abzugeben, um nicht in den Stand zu setzen, ihr Programm zu verwirklichen. Obgleich die Regierung in Zukunft gegen die Freiheiten des Volkes oder unzureichend die Durchführung der angeführten Reformen, so werde die Partei wieder in Opposition zu ihr treten.

Der Parteivorstand erklärte sich gegen diese Resolutionen, indem er auf die in Bologna angenommene Tagesordnung Ferris über die Taxis verwies. Der entscheidende Satz in dieser Resolution lautet nämlich: „Der Kongress erklärt, daß die Methode der Klassenkampfes unvereinbar ist mit der Unterwerfung irgend einer Regierungsbildung oder mit der Teilnahme der Sozialisten an der politischen Macht.“

Die Rollen waren diesmal gänzlich vertauscht, denn die „Gewählten“ durch Rom, Neapel und andere stellten sich gegen Ferris. Ferris geht das Programm des Ministeriums Serio nicht mehr genug, weswegen in bezug auf Sozialreform und die Sanierung, auch sollte das Regierungsprogramm jede

Es handelte sich hier auch nicht um ein einzelnes Gesetz, das man ja von Fall zu Fall beurteilen könne, sondern um ein ganzes Regierungsprogramm. Schließlich gelangte Ferris Tagesordnung doch zur Annahme, allerdings sollen in einer weiteren Sitzung noch Amendements hierzu eingebracht werden.

Den letzten Nachrichten zufolge sind in der Parlaments-Sitzung vom Sonnabend weder die Sozialisten noch andere Parteien dazu gekommen, irgendwelche Erklärungen abzugeben. Tagesordnungen lagen von keiner Seite vor und so wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß es zu einer Diskussion über das Regierungsprogramm gekommen wäre. Mit Montag haben die regelmäßigen parlamentarischen Arbeiten begonnen. Die Regierung Sonnino erhält also jetzt Zeit und Gelegenheit, die von ihr angelegten Reformen zur entscheidenden Diskussion zu stellen.

Frankreich.

Das Ministerium Sarrien wird zustande kommen. Der radikale Clemenceau erhielt das Ministerium des Innern, das man ihm anfangs nicht geben wollte, und der Sozialdemokrat Briand das Kultusministerium. Clemenceau machte zur Bedingung, daß das Trennungsgesetz kraftvoll durchgeführt wird. Briand stellte sozialpolitische Bedingungen, wie die Durchführung des Altersversicherungsgesetzes und die Anerkennung des Gewerkschaftsrechtes der Staatsbeamten.

Der Beschluß des Generalrats der französischen Sozialdemokratie, jeden Genossen auszuschließen, der in ein bürgerliches Ministerium eintritt, ist wohl scheinbar gegen Briand gerichtet, bezweckt aber im Gegenteil, ihm die Übernahme eines Portefeuilles zu erleichtern. Da er anhört, organisierter Genosse zu sein, erlangt er größere Bewegungsfreiheit und die Partei kann für ihn nicht verantwortlich gemacht werden.

Die Rücktrittspresse fällt bereits mit zähneknirschendem Grimm über das noch nicht ernannte Kabinett her. „Temps“ und „Debat“ nennen es eine Annäherung von den Radikalen, die Macht an sich reißen zu wollen, obgleich sie weder in der Kammer noch im Lande die Mehrheit hätten. „Echo de Paris“, „Eclair“ und „Figaro“ wenden sich gegen Fallières, der Sarrien berufe, und gegen Clemenceau, der Leagues aus der Ministerliste ausschließe. Alle diese Blätter erklären der neuen Regierung, die der Präsident plane, den Krieg bis aufs Messer.

England.

In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Unterhauses wurde, wie so oft schon, die deutsche Marinevermehrung angeschnitten und hervorgehoben, daß England hinter den deutschen Rüstungen nicht zurückbleiben dürfe. Sodann wurden Anfragen wegen der Handhabung der Fremdenakte gestellt. Der Staatssekretär Herbert Gladstone beantwortete sie und kündigte verschiedene Abänderungen dieser Akte an, um Härten gegen Einwanderer und die Gefahr der Ausschließung politischer Flüchtlinge zu vermeiden, besonders in Rücksicht auf Einwanderer, die aus Zeiten des Festlandes kommen, die sich zurzeit im Zustande der Unruhe befinden. An Stelle des Staatssekretärs Grey beantwortete Unterstaatssekretär Runciman die Frage betreffend die Zurückweisung von Deporteuren aus der russischen Armee durch die englischen Einwanderungsbehörden und erklärte, daß zwischen Rußland und England kein Einverständnis betreffend etwaige gegenseitige Auslieferung von Deporteuren bestehe. Damit vergleiche man die Antworten, die deutsche Sozialdemokraten im deutschen Reichstag von der deutschen Regierung erhalten haben.

Herren- u. Damenstimmrecht.

Im weiteren Verlauf der Sitzung brachte Siryon (liberal) folgende Erklärung ein: Das Haus erkennt an, daß das Volk bei der allgemeinen Wahl sein ungewichtiges treues Festhalten an den Prinzipien des Freihandels zum Ausdruck gebracht hat, und stellt seinen Entschluß fest, jedem Vorschlag betreffend die Schaffung eines Schutzollsystems entgegenzutreten. Der frühere Ministerpräsident Valfour hält die Erklärung Siryon für ein Tadelwort gegen die Opposition, beschwert sich über die Zweideutigkeit der Ausdrücke der Erklärung und verlangt Aufklärung über verschiedene Punkte. Als kein Minister antwortet, stellt er den Antrag auf Vertagung der Erörterung.

Ministerpräsident Bannerman erklärte die Fragen Valfours für unmaß, irrelevant und sinnlos. Sie seien nur gemacht worden, die Beratungszeit in Anspruch zu nehmen. Unter den Protesten rief Siryon Bannerman aus: Genug von diesen Narrenspößen, laßt uns an unsre Arbeit gehen. Der Antrag auf Vertagung wird darauf mit 405 gegen 113 Stimmen abgelehnt. Die Debatte wird zwei Tage in Anspruch nehmen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 13. März 1906.

Der Schuletat.

Wir haben bereits bei unsrer allgemeinen Besprechung des Kammereietats hervorgehoben, daß der Magistrat den Etat ohne Steuererhöhung dadurch zu balancieren gedenkt, daß er unter anderem die Einnahmen aus dem Schulwesen erhöht. Im einzelnen ist darüber nach dem Schuletat zu berichten:

Es betragen die Ausgaben für das höhere, mittlere und Volksschulwesen 3445500 Mk., für das technische Schulwesen 299171 Mk., zusammen 3744671 Mk., die Einnahmen 1052220 Mk. und 178091 Mk., zusammen 1230311 Mk. Mit hin beläuft sich die Mehrausgabe auf 2514360 Mk. Im Rechnungsjahre 1905 beirug diese 2501176 Mk. Zur Erzielung erhöhter Einnahmen hat nun der Magistrat beschlossen, vom 1. April d. J. ab für die Realschule, die Vorbereitungsschule und die Bürgerschulen das Schulgeld zu erhöhen und außerdem von denjenigen auswärtigen Schülern bzw. Schülerinnen der höheren Knabenschulen, höheren Mädchenschulen, der Vorbereitungsschule und der Bürgerschulen, die nicht in Magdeburg wohnen, ein höheres Schulgeld zu erheben als von den auswärtigen hier wohnenden Schülern oder Schülerinnen. Die Schulgeldsätze sollen folgende Erhöhung erfahren: 1. Realschule für einheimische Schüler von 110 Mk. auf 130 Mk. 2. Vorbereitungsschule: für einheimische Schüler von 90 Mk. auf 110 Mk., für auswärtige hier wohnende Schüler von 120 Mk. auf 140 Mk. 3. Bürgerschulen: für einheimische Kinder, wenn aus einer Familie ein Kind die Bürgerschule besucht, von 30 Mk. auf 36 Mk., für das zweite Kind, wenn aus einer Familie zwei Kinder Bürgerschulen besuchen, von 30 Mk. auf 33 Mk. Geht aus einer Familie drei oder mehr Kinder als zahlende Schüler in Bürgerschulen, so beträgt das Schulgeld für das erste Kind 36 Mk., für das zweite Kind 23 Mk. und für das dritte und die

folgenden Kinder je 30 Mk. 4. Für die auswärtigen in Magdeburg nicht wohnenden Schüler oder Schülerinnen: a) an den höheren Knabenschulen von 180 Mk. auf 220 Mk., b) an der Vorbereitungsschule von 120 auf 180 Mk., c) am Lehrerinnen-Seminar von 225 Mk. auf 280 Mk., d) an den höheren Mädchenschulen von 160 Mk. auf 200 Mk., e) an den Bürgerschulen von 48 auf 60 Mark.

Die Gymnasien sind von der Schulgeldehöhung befreit. Nicht die Bourgeoisie, sondern der Mittelstand und die Arbeiter, die in der Lage sind, ihre Kinder in die Bürgerschule zu schicken, sollen also höheres Schulgeld zahlen und dadurch die zahlungsfähigen Schichten vor einer Steuererhöhung beschützen. Gegen diese Schulgeldehöhungen muß im allgemeinen Interesse entschieden Protest erhoben werden. Kommt der Magistrat mit seinen Entschlüssen nicht aus, dann mag er eine Steuererhöhung vorzuschlagen, die trifft alle Kreise gleichmäßig. Uns hat bereits eine ganze Anzahl Arbeiter mitgeteilt, sie wären nicht imstande, ihre Kinder weiter in die Bürgerschule zu schicken, wenn die Schulgeldehöhung durchginge.

Der Magistrat hat ferner beschlossen, das Grundgehalt der Direktoren, des Turninspektors, der Hauptlehrer und der seminaristisch gebildeten Lehrer an allen städtischen Schulen um 200 Mk., das der Oberlehrerinnen, ordentlichen Lehrerinnen, Lehrerinnen und Inspektoren für den weiblichen Handarbeitsunterricht um 110 Mk. zu erhöhen, und den technischen Lehrerinnen für die Jahrestunde 5 Mk. mehr als bisher zu gewähren. Die geforderte Erhöhung der Mietentfähdigung ist abgelehnt. Die Gehaltserhöhungen sollen jedoch erst am 1. Oktober in Kraft treten. Außerdem beabsichtigt der Magistrat, die Pflichtstundenzahl der Lehrer allmählich von durchschnittlich 25 auf 28 Wochenstunden zu erhöhen.

Zur Beachtung für die Staatsanwaltschaft.

Gelegentlich der am „Rosen Sonntag“ vorgenommenen umfangreichen Flugblätterverteilung in zahlreichen oberhessischen Städten hatte die Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen 36 Flugblattverleiher Klage erhoben, alsbald aber gegen 34 das Verfahren eingestellt und nur wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs die Anklageschrift zugestellt. Nunmehr wurde auch diesen beiden folgenden Beschluß des Landgerichts zu Koblenz vom 3. März 1906 zugestellt: Der Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft gegen 1. J. J. in Kreuznach und 2. J. D. in Rinn wegen der Verleumdung, im Jahre 1906 zu Kreuznach bzw. im Inland in einer, den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich angereizt zu haben (Vergehen gegen § 130 des Strafgesetzbuchs), das Hauptverfahren zu eröffnen, wird abgelehnt und es werden die Angeklagten mangels ausreichender tatsächlicher Belastung außer Verfolgung gesetzt, da kein genügender Anhalt für die Annahme vorliegt, daß es den Angeklagten zum Bewußtsein kam, daß das von ihnen verbreitete Flugblatt geeignet war, zur Begehung von Gewalttätigkeiten anzureizen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last. Das wird wohl auch der Ausgang sein, den das Verfahren gegen

die in Magdeburg Angeklagten nimmt. „Zunächst“ enthält das Flugblatt nichts „Aufreizendes“ und zweitens hatten die Verbreiter es gar nicht vorher lesen können, sie kannten also den Inhalt nicht. Wenn die Beschlußkammer es nicht ablehnt, das Hauptverfahren zu eröffnen, wird also Freisprechung erfolgen müssen.

Eine neue Niederlage der Polizei.

Genosse Lantau hatte von der Polizei ein Strafmandat, lautend auf 10 Mark Geldstrafe, erhalten, weil das Verquägen, das der Sozialdemokratische Verein am 2. Dezember v. J. im „Luisenpark“ veranstaltete, ein öffentliches gewesen sein soll. Heute wurde er vom Schöffengericht freigesprochen. Das Urteil bedeutet eine platte Niederlage der Polizei. Leider sind wir nicht in der Lage, über die interessante Verhandlung zu berichten, weil von den Parteigenossen, die über das Stattfinden des Termins unterrichtet waren, es niemand für nötig hielt, die Redaktion der „Volksstimme“ zu benachrichtigen. Ihnen können wir es natürlich nicht, daß irgend ein Prozeß, der die sämtlichen Leser der „Volksstimme“ interessiert, verhandelt wird, weshalb unser Berichterstatter der Verhandlung nicht beiwohnte.

Einen öffentlichen Protest gegen das drohende neue Schulgesetz.

und die dadurch bedingte Verpflanzung der Schulen soll eine Versammlung erheben, die für Donnerstag abend von der hiesigen freireligiösen Gemeinde nach dem „Luisenpark“ einberufen ist. Dr. Kramer wird über das Thema sprechen: Das neue Schulgesetz und der Austritt aus der Landeskirchlichen Kirche. Gerade die Arbeiterpartei darf nicht dulden, daß durch päpstliche Sklavennormen der Freiheitsgeist des heranwachsenden Geschlechts ertötet und die gesunde Vernunft durch einen widervernünftigen und widernatürlichen Glauben schwer geschädigt wird. Sie muß durch Massenbesuch der Versammlung lauten und entschiedenen Widerspruch gegen das Gesetz erheben.

Entschrungsbühne.

Die ersten Monate des Jahres sind die Entzeiten für die Aktionäre der großen Erwerbsgesellschaften, die nun einheimen, was fleißige Arbeit erzeugt hat. Von den hier domicilierenden Gesellschaften marschiert wieder, was die Höhe der Profite anbelangt, die Magdeburger Bergwerksaktion gesellschaft an der Spitze. Sie zahlt ihren Aktionären 28 Prozent Dividende. Die Gesellschaft betreibt in Rheinland-Westfalen Kohlenbergwerke. Sie klagt in ihrem Jahresbericht über — ungünstige Einwirkungen des Bergarbeiterstreiks und des Wagners mangels auf das Geschäftsergebnis! Achtundzwanzig Prozent Dividende scheinen den bescheidenen Herren, die ihre Vergleute mit einem Zammertohn abspießen, nicht genug zu sein. Leute von wirklich anständiger Gesinnung würden sich schämen, für Nichtstun solche Gewinne einzunehmen. — Die Magdeburger Straßensahngesellschaft verteilt 8 Prozent Dividende. Der Magdeburger Bankverein schlägt 7 Prozent vor. Das sind schon recht anständige Gewinne, besonders die der Straßensahngesellschaft interessieren die gesamte Magdeburger Bevölkerung, denn sie kennzeichnen gleichmäßig die Rückständigkeit des Straßensahngewerks. Die schlechte Beibehaltung des Personals und die Rückständigkeit un-

kommunale Verwaltung, die es verschuldet, daß eine Privatgesellschaft fette Gewinne schluckt, die von Rechts wegen dem Stadtkäsel zufließen müßten. Die Magdeburger Aktiengesellschaft Konsozibiertes Braunkohlenbergwerk „Karoline“ bei Osleben hielt gestern im Continental-Hotel ihre Generalversammlung ab und bewilligte den Aktionären 20 Prozent Dividende. Von dieser Gesellschaft gibt das gleiche, was wir von der Bergwerks-Aktiengesellschaft gesagt haben. — Ein besonderes Kapitel verdienen die Versicherungsgesellschaften. Die Magdeburger Feuerversicherung hat ein Grundkapital von 15 Millionen Mark, das in Aktien von 5000 Mark zerlegt ist. Auf jede Aktie sind aber bloß 20 Proz. oder 600 Mark einzubringen, trotzdem erzielt jede Aktie einen Gewinn von 250 Mark. Da ist es begreiflich, daß die Aktienhaber für ihre Aktien, die ihnen 600 Mark gekostet haben, heute an der Börse 450 Mark erhalten können! Die Rückversicherungsgesellschaft hat ein Kapital von 1 1/2 Millionen Mark voll einbezahlt. Die Aktien, die an der Börse für 1111 Mark gehandelt werden, kosteten ursprünglich 300 Mark, sie tragen 33 Proz. Dividende.

Die Herren Kapitalisten haben gute Zeiten, das sieht man an solchen Gewinnen. Sie werden die Wirkungen des Zolltarifs ertragen können. Die Arbeiter aber, die ein paar Pfennige Lohnerhöhung verlangen, sperrt man aus, gegen ihre „Begehrtheit“ werden Fußstapfen und Befehlsgebung mobil gemacht. Das ist die „Gerechtigkeit“ des Klassenstaates. —

— Die Besucher des Arbeiter-Sekretariats werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Bureau nur von 11 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr für Auskunfts-suchen geöffnet ist. Alle Besucher, die außer dieser Zeit kommen, laufen Gefahr, ununterrichteter Sache wieder umkehren zu müssen. —

— Vom Krupp-Grusonwerk. In der Sonntagsnummer des hiesigen „General-Anzeiger“ befindet sich eine Mitteilung, nach welcher am letzten Freitag bei der Lohnzahlung sämtlichen Arbeitern zum erstenmal eine Teuerungszulage von 1,50 Mark ausbezahlt wurde, eine Zulage, die höchstens zur Auszahlung kommen soll und die für das Werk eine Mehrausgabe an Lohn von 300 000 Mark pro Jahr bedeutet. So natürlich, wie wir eine solche Maßnahme finden würden, muß leider konstatiert werden, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspricht. Wenigstens ist der Arbeiter nicht den Tatsachen bekannt geworden von einer Zulage. Entweder betrifft die Zulage nur die höheren Beamten des Werkes, oder aber die Zulage soll erst noch kommen. Hoffentlich geschieht dies letztere recht bald.

— Der Zustand der Metallarbeiter bei Gebrüder Comminan dauert unverändert fort. Daran ändern auch die vielen Inzerate nichts, deren heute gleich drei im „General-Anzeiger“ sich befinden. Wenn sich einige Arbeitswillige gemeldet haben, die bisher diesem Betrieb nicht angehört, so wird gerade das der Firma zeigen, welchen Fehler sie beging, als sie die Arbeiter zu diesem Zustand provozierte. Die Kosten für die Inzerate und die sonstigen jetzt entstehenden außerordentlichen Kosten hätte die Firma zur Aufbesserung der miserablen Löhne verwenden können und beiden Teilen war gehalten. Wir erwarten nach wie vor, daß die Metallarbeiter es ablehnen, ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen. —

— Holzarbeiterausstand. Dienstag den 13. d. M. legten 36 Mann in der Kistenfabrik von Jesau in der Morgenstraße die Arbeit nieder. Die Inhaber wollen die erbärmlichen Verdienste nicht erhöhen. An das Solidaritätsgefühl der gesamten Arbeiterschaft Magdeburgs wird appelliert. —

— Das Geschäftslokal der Ortskrankenkasse der Fabrikarbeiter und der in den Fabriken angestellten Personen zu Magdeburg-Wendisch befindet sich ab 13. d. M. im Hause Hospitalstraße 13. part. r. (Anna-Bad). —

— Der erste Geschäftsbericht des Kaufmannsgerichts zu Magdeburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 1905 ist erschienen. Danach hielt das Kaufmannsgericht im Berichtsjahr 45 Gerichtssitzungen ab, davon 1 ohne die übrigen mit Weisungen. Insgesamt wurden 256 Klagen anhängig gemacht. Die höchste Zahl der in einer Sitzung erledigten Klagen betrug 16, die niedrigste 2. Von den Klagen waren gerichtet: Von Handlungsgehilfen gegen Kaufleute 255, von Lehrlingen gegen Kaufleute 14, von Kaufleuten gegen Handlungsgehilfen 14, von Kaufleuten gegen Lehrlinge 3. Von den verhandelten Sachen waren gerichtet: Auf Fortsetzung bzw. Aufhebung des Dienst- oder Lehrverhältnisses 17, auf Zahlung rückständigen Gehaltes 121, auf Zahlung von Entschädigung wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist 141. Die übrigen verteilen sich auf Zahlung von 1. Schadenersatz, 2. Gehalt während der Krankheit u. a. Der niedrigste Streitgegenstand betrug 2,90 Mark, der höchste 8760 Mark. Von den anhängigen Klagen wurden erledigt: Durch Zurücknahme 54, durch Vergleich 29, durch Anerkenntnis 7, durch Veräuferturteil 18, andere Gerichtsakte 74. — Der Rechtsverkehr ist erledigt: In weniger als 1 Woche in 173 Fällen, in 1 bis 2 Wochen in 47 Fällen, in 2 bis 3 Wochen bis 1 Monat in 24 Fällen. Die übrigen Fälle haben noch längere Zeit in Anspruch genommen. Als Einigungsamt ist das Kaufmannsgericht im Berichtsjahr nicht angerufen worden. In den Anträgen des Kaufmannsgerichts ist von einem Handlungsgehilfenverband der Antrag gerichtet worden, die erforderlichen Schritte zur Herbeiführung der vollen Sonntagsruhe in den Kontoren: 1. Schreibstuben hiesiger Gemeinde zu tun. Die Erledigung des Antrags ruhe! noch. —

— Kleine Schmutz-Vergräbnisliste. Die finanzberechtigten Mitglieder der Kleinen Schmutz-Vergräbnislisten-Gesellschaft werden laut Inzerat im „General-Anzeiger“ zu einer monatlichen Generalversammlung, die am Freitag den 16. d. M., abends 9 Uhr, im Gartenlokal des Hotels zum weißen Bär stattfindet, eingeladen. Tagesordnung: Weiterberatung der auf Antrag der Aufsichtsbekörde vom Vorstand ausgearbeiteten Satzungen. Die Mitgliedsbücher sind beim Eintritt vorzulegen. Ein zahlreicher Besuch ist dringend notwendig. —

— Ein Satansstreich. Einem Pferdehändler in der Wilhelmstadt wurden von 6 Pferden die Schwänze abgeschritten und gestohlen. Wahrscheinlich ist niedrige Nachsucht das Motiv zu der Tat. Der Verlust für den Pferdehändler ist ein bedeutender. —

— Spurlos verschwunden ist seit dem 2. Februar ex. der Hausdiener Gustav Thale von hier. Er wollte in der Nacht zum 2. Februar eine Reboute besuchen und ist seitdem nicht zurückgekehrt. Da alle Nachforschungen bis jetzt vergeblich gewesen sind, ist anzunehmen, daß der Verschwundene einem Unfall oder einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Er war 1,60 Meter groß, dunkelblond, bartlos, er hat graue Augen, gute Zähne und ovales Gesicht. Er war bekleidet mit schwarzem, fleisem Hut, dunkelgrünem Jackettanzug und Stiefeln. Mitteilungen sind bei der Kriminalpolizei anzubringen.

Der Massenmord in Courvrières. Die neuen Nachrichten über die entsetzliche Grubenkatastrophe in Courvrières lassen leider keinen Zweifel mehr zu, daß über 1200 der in den Gruben eingeschlossenen Arbeiter einen qualvollen Tod gefunden haben. Neben dem Ausgang der Katastrophe teilt die Direktion der Kohlengruben mit, daß in Schacht 4 775 Mann eingeschlossen waren, von denen 101 herausbefördert worden sind; im Schacht 3 waren 483 eingeschlossen, während nur 33 wieder herausbefördert wurden. Ferner waren in Schacht 2 502 Bergleute hinausgestiegen, von denen 308 wieder aus Tageslicht befreit wurden. Wühin fehlen noch 1363 Bergleute, von denen man annimmt, daß sie sämtlich umgekommen sind. Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, daß der Brand schon vor ungefähr einem Monat ausgebrochen war. (1) Die Bergleute machen die Gesellschaft für die

Katastrophe verantwortlich und beschuldigen die Ingenieure der Sorglosigkeit, da man, nachdem das Feuer die Holzverschalung ergriffen hatte, die Einsätze hätte einstellen sollen. Die Aufregung, die unter den Bergleuten herrscht, läßt erste Voruntersuchungen befürchten. Der Sonntag ist in Courvrières ruhig verlaufen, nur die Angehörigen der Opfer haben Widerspruch dagegen erhoben, daß ihnen der Weg verweigert wurde, um die geborgenen Leichen zu besichtigen. Die Menge hielt die geschlossenen Wagen, in denen sich die Leichen befanden, an und verlangte von den Wagenführern, daß die Namen der Opfer genannt und die Wagenöffnungen geöffnet würden. Aus den Schächten 2 und 4 wurden noch einige Leichen hinausbefördert. Nach den letzten Meldungen sollen nur 60 Leichen geborgen sein, von denen nur die Hälfte rekonstruiert wurde. Viele von den Rettungsmannschaften haben leichte Verletzungen davongetragen. Die Aufbahrung der Leichen hat am Sonntag begonnen, die Bestattung ist auf Dienstag angelegt; die wiedererkannten Leichen sollen ihren Familien übergeben werden. Man hatte am Sonntag noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, noch einige der Verunglückten am Leben zu finden. Die Hoffnung hatte sich aber später als trügerisch erwiesen.

Pariser Blätter veröffentlichen noch folgende Einzelheiten: Während der ganzen Nacht zum Sonntag und des ganzen Sonntags wurden aus den Schächten die Leberreste von Bergleuten herausbefördert, die nur noch eine wirre Masse verkauften Fleisches und abgeriffene Kleidungsstücke bildeten. Von den Ingenieuren und Arbeitern, die zu vergeblichen Rettungsarbeiten hinabstiegen, wurden mehrere ohnmächtig und halb ersticht wieder heraufgebracht. Ein Arbeiter verlor unten in der Galerie die übrigen Rettungsmannschaften, um seinen Sohn zu suchen, und wurde nicht wiedergefunden. Ein Bergarbeiter, der seinen Sohn verloren, erzählt, wie er mit seinem kleinen Koffer 8 Stunden lang in einem gegen giftige Gase geschützten Winkel gekauert und kriechend den Ausgang gesucht habe. Die Bevölkerung ist wie bestäubt, niemand hat nachts geschlafen. Einmal verbreitete sich das Gerücht, man habe aus der Tiefe Notsignale gehört; aber es scheint unmöglich, daß noch Lebende dort unten sich befinden sollten. Der ganze Grubenbau ist eingestürzt. Die Truppen haben große Mühe, die Angehörigen der verunglückten Arbeiter von dem Schacht zurückzuführen.

Seit Sonntag abend sind alle Rettungsarbeiten eingestellt, weil die Rettungsmannschaften durch die Ausdünstungen der Leichen und die giftigen Gase, die sich in den Gruben angesammelt haben, gefährdet werden, und weil die Rettungsarbeiten leitende Ingenieure eine neue Explosion befürchten. Ebenso bedrückt man, daß die Aufsuchung des Brand, dessen Stelle man nicht kennt, noch mehr entfällt. Infolge der Schwierigkeit der Rettungsarbeiten sind nur neunzig Leichen zu Tage gefördert worden. Die Rettungsarbeiten werden erst am Mittwoch wieder aufgenommen werden, weil am Dienstag die Beerdigung der geborgenen Leichen stattfinden soll. Von den aus dem Schacht 4 geborgenen 39 Leichen sind viele bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, während die aus den Schächten 2 und 10 herausbeförderten Leichen sämtlich erkennbar waren, da hier die Verunglückten durch Erstickten umgekommen sind. Soweit die Personen festgelegt werden konnten, wurden die Leichen in die Bestattung der Angehörigen geschickt.

Viele Frauen haben ihre Gatten und vier oder fünf, selbst sieben Söhne verloren. Man nennt einen Mann, der fünf und vierzig Verwandte, Söhne, Brüder, Neffen, durch die Katastrophe verloren hat. Vor den Hallen, in denen die entstellten Leberreste aufgebahrt sind, ereignen sich jortwährend die erschütterndsten Szenen. Man gibt jetzt die Zahl der Toten auf mehr als dreihundert an. Siebzehn Personen sind bei den Rettungsarbeiten ums Leben gekommen. Die Bergleute schätzen die Gesamtzahl der Opfer auf 1300 bis 1400.

Nach einer Meldung aus Herne ist der Bergwerksdirektor Meyer mit 15 Mann von der Rettungskolonnen der Zeche Schamrod 1/2 nach Bille abgereist, um sich an den Rettungs- und Bergungsarbeiten im Bergwerk von Courvrières zu beteiligen. Die Compagnie des Mines de Courvrières hat sich an den Bergbauarbeiten in Eisse um Vermittlung von Hilfe gewandt. Infolgedessen sind außer der Rettungskolonnen der Zeche Schamrod 1/2 von der Zeche Rhein-Ebde (Gefährten) je 20 Mann abgereist.

Trocken und dürr meldet ein bürgerlicher Berichterstatter: Die Gegend wird von den Hinterbliebenen verlassen werden, um neuen Arbeiterfamilien, die man zum Ertrag der ausgehobenen erwartet, Platz zu schaffen. Die kapitalistischen Massenmörder haben sich bald von dem ersten Schreck erholt und neben dem Bestreben, von sich alle Schuld abzuwälzen, ist ihr erster Gedanke dann, für die hingerichteten Arbeitssklaven Ertrag zu schaffen, um von neuem ihr Ausbeutungswelt beginnen zu können. Die Hinterbliebenen werden hilflos von der Heimat fortgetrieben. Mag aus ihnen werden, was da will. Der Kapitalismus geht über sie und über die Leichen ihrer Ernährer gefühllos zur Tagesordnung über. —

Folgende neue Meldungen sind noch zu verzeichnen: Lille, 13. März. Die Zahl der Opfer in Courvrières wird als noch bedeutender beurteilt, als ursprünglich angenommen wurde, da man festgestellt hat, daß 700 Arbeiter mehr eingeschlossen sind, als man vermutete. —

Lille, 13. März. Die gestern hier eingetroffene deutsche Rettungsmannschaft begann sofort nach ihrer Ankunft mit den Arbeiten. Die deutschen Rettungsmannschaften sind bis 500 Meter vorgedrungen und haben große Haufen von Leichen gefunden, die in ihrer Mehrzahl bereits in Verwesung übergegangen waren. Die Leichen lagen in allen möglichen Stellungen, mit zusammengeknümmten Gliedern; manche standen aufrecht gegen die Grabenwände gelehnt. So oft die Deutschen, um Luft zu schöpfen, aus Tageslicht kamen, veranlaßte das Publikum ihnen große Ovationen. In ganz kurzer Zeit wurden 50 Leichen zu Tage gefördert. —

Kleine Chronik.

Ein entsetzlicher Mord.

Eine furchtbare Missetat ist in der Nacht zum Montag in Altona an der Flottbeker Grenze verübt worden. Zwei Feldarbeiter fanden in einem Kist die Leiche eines 18- bis 20-jährigen Mädchens, mit dem Gesicht nach unten liegend. Aus mehreren klaffenden Wunden fließte noch das Blut. Von dem Mörder fehlt jede Spur. Man nimmt an, daß der Täter das Mädchen, nachdem er mit ihm den Tanzboden in Flottbek oder Wahrenfeld besucht hat, nach Hause begleitet, unterwegs vergewaltigt und, um das Verbrechen zu verdecken, mit einem Taschenmesser ermordet hat. Es scheint ein furchtbarer Kampf stattgefunden zu haben, da der Boden am Talort aufgewühlt ist. Das Opfer des Mordes ist wahrscheinlich das Dienstmädchen Dora Barmeyer, Tochter einer Witwe, da dieses neben der Polizei als vermißt gemeldet wird und Gend und Taschentuch der Ermordeten die Wuchstafeln D. B. aufweisen. —

Ein Dampferunglück.

Der Fährdampfer „Klopstod“, der 156 Leute an Bord hatte, wurde im Hamburger Hafen durch die Sturmflut gegen eine Brücke geworfen, wobei die Arbeiterin Henriette Müller totgequetscht wurde, während die Arbeiterfrau Strauß lebensgefährliche Verwundungen davontrug, so daß sie hoffnungslos daniederliegt. —

Giftiger Auchen.

In der Gemeinde Wittig bei Kragan an der böhmisch-sächsischen Grenze sind nach dem Genuss von Kuchen über 1000 Personen an Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Ein Knabe ist bereits gestorben. —

Letzte Nachrichten.

Die russische Revolution.

Sb. Petersburg, 13. März. Die Verhaftung des Exprekiers Capon erfolgte deshalb, weil er die Absicht hatte, sich vor einem Ehrengericht zu verteidigen, was der Regierung unangenehm gewesen wäre. —

Sb. Warschau, 13. März. Gestern fand unter den Polizeigefangenen ein Aufstand statt, wobei fünf Personen verwundet wurden. —

* Minsk, 12. März. Das Bezirksgericht in Bobruisk verurteilte von 28 Soldaten das Strafbataillon, die sich des Verjuchts der Meuterei schuldig gemacht haben, dreizehn zum Tode, die übrigen zu 20, 15 und 3 Jahren Zwangsarbeit. —

* Berlin, 13. März. Der Präsident des Reichstags hat vor einigen Tagen den Reichskanzler darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Gang der parlamentarischen Verhandlungen die rechtzeitige Fertigstellung des Reichshaushaltsplans zum 1. April unmöglich erscheine und deshalb die Einbringung eines Notgesetzes erforderlich sei. —

* Paris, 13. März. In der gestrigen Kammer Sitzung beantragte der Sozialist Basky die Genehmigung einer vorläufigen Unterstützung für die Hinterbliebenen in Courvrières von einer halben Million, was die Kammer einstimmig annahm. Das Haus vertagte sich darauf in Erwartung der Lösung der Ministerkrisis auf Mittwoch. —

Sb. Antwerpen, 13. März. Eine Flutwelle hat ungeheuren Schaden hier und in der Umgegend angerichtet, man schätzt ihn auf Millionen. In den Gärten in der Nähe des Hafens steht das Wasser 60 Zentimeter hoch. Alle auf dem Kai liegenden Getreidevorräte wurden weggeschwemmt, viele Waren sind verborben worden. In Wilffingen steht die ganze Stadt unter Wasser, die Dämme sind an verschiedenen Stellen durchbrochen. Die meisten Fabriken mußten den Betrieb einstellen. Mehrfach sind Personen ums Leben gekommen. —

Sb. London, 13. März, 1 1/2 Uhr mittags. (Privattelegramm der „Volksstimme“.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Petersburg erregt die Veröffentlichung einer antimilitärischen Broschüre in der russischen Hauptstadt große Entrüstung. Die Broschüre fordert auf, sämtliche Juden zu ermorden, weil diese das Unglück des russischen Vaterlandes herbeiführt hätten. Das ist an und für sich nichts Neues, denn viele derartige Broschüren sind schon veröffentlicht worden. In diesem Falle zeichnet aber die Petersburger Polizeidirektion als der Verleger der Broschüre und außerdem ist sie mit dem Stempel der Zensur versehen. Die Broschüre greift den Ministerpräsidenten Witte scharf an und nennt ihn den Führer der russischen Verschwörer, die Rußland zugrunde richten wollen. Der „Verband des russischen Volkes“, der die Verbreitung der Broschüre besorgt, organisiert eine antimilitärische Armee, die die Juden anschlachten soll. Die Mitglieder des Verbandes sind mit Revolvern und andern Waffen ausgerüstet. —

Sb. Paris, 13. März, 1 1/2 Uhr mittags. Das Ministerium Sarrien hat sich heute früh in der bekannten Zusammensetzung gebildet. Außer dem Sozialisten Briand gehören dem Kabinett zwei Radikale, darunter Clemenceau an. Die übrigen Mitglieder gehören zu den Gemäßigten. Etienne wird das Kriegsministerium behalten. Alle Kabinettsmitglieder, mit Ausnahme von Briand und Clemenceau, waren bereits Minister. —

Sechs große Volks-Versammlungen

finden statt am
Sonntag den 18. März, morgens 11 Uhr

Altstadt: Dreikaiserbund, Gr. Storchstr. 7 | Buckau: Thalia-Saal, Dorotheenstraße 14
Neue Neustadt: Weißer Hirsch, Friedrichsplatz 2 | Sudenburg: Zerbster Bierhalle, Schöningerstr. 28
Alte Neustadt: Krone, Moldenstraße 43-45 | Wilhelmstadt: Luisenpark, Spielgartenstraße 1c

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Frei Wahlrecht - Frei Preussen.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Demonstriert durch Massenbesuch dieser Versammlungen für die dem Volke gebührenden Rechte.

Fr. Holzappel, Sekretär.

Auf Abzahlung

Kredit auch nach außerhalb!

Möbel!

Für 1 Zimmer Anzahlung 8 Mk., wöchentlich 1.00 Mk.
 Für 2 Zimmer Anzahlung 15 Mk., wöchentlich 2.00 Mk.
 Für 3 Zimmer Anzahlung 25 Mk., wöchentlich 3.00 Mk.
 Für 4 Zimmer Anzahlung 40 Mk., wöchentlich 4.00 Mk.
 usw. Ferner

Einzelne Ersatzteile :: Anzahlung von 5 Mk. an.
 Anzüge für Herren und Knaben
Konfirmanden-Anzüge

Damen-Jackets und -Kragen sowie Manufakturwaren jeder Art
 Teppiche, Portieren, Gardinen usw. in großer Auswahl.

S. Osswald

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14, I.

Kunden, welche ihr Konto begleichen haben, und Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Kinderwagen v. 5 Mk. Anzahlung an
 Größtes Geschäft dieser Art am Platze.

An diesem
Schild sind die
Läden
erkennbar.



in denen nur
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
 Magdeburg
 Breitweg 189-190, vis-à-vis Café
 National, und Jakobstrasse Nr. 41

Biel Geld

erhält man auf jede Wertsache.

Leihhaus

Adolph Michaelis
 Apfelstraße 16, I.
 Neu! Vollständig diskrete
 Abfertigung. 3302
 Privat-Kontor. Zins-
 Ermäßigung.
 Fernsprecher 2322.

E. gut erh. Preis. Handharmonika,
 B. S., 3. H. H. Heuer, Lübeckerstr. 42.
 Damenrad, f. neu, 6. j. v. Butter-
 handl. Wagner, Kottb. Dorfstr. 10.
 Stahl-Handwag. u. 2 Bettstell. preis-
 wertig, v. Marienstr. 1, v. r. 2 Dr. Weste.

Georg Mook's Möbel-Magazin

gegenüber der Fontäne
 Breiteweg 135
 3. Haus neben Café-Hohenzollern
 in den Räumen parterre und
 2. Etage. 2935

Kleiderchränke	28-75 Mk. usw.
Berilios	36-80
Pfeilerchränke	20-30
Pfeilerpiegel	8-24
Stegische	14-26
Anziehtische	21-50
Robrtische	3-4
Walzenstühle	5.50-7
Erweas mit	
Konsole	38-85
Büfets	120-250
Pfeilerchränke	100-150
Serviertische	9-20
Bettstellen	18, 24, 30
m. Matratzen	35-70
Wassertoiletten	28-40
Profatdivans	40-45
Plüschdivans	60-80
Moquetdivans	65-85
Maiseldivans	80-110
Chaiselongues	30-50
Plüschgaranturen	von 120 Mk. an
Küchenchränke	22-40 Mk. usw.
Küchenbänke	37-45
Küchentische	2.50-3
Küchenstühle	8-12
Küchen	21-30

Ganze Ausstattungen
 von 200 bis 5000 Mk.
 in streng reeller Ausführung.

Abonnenten der „Volksstimme“ 10 Prozent
 sofort bar.
 Herrenstoffe, Tuche und Buchbind. billig.
 Kein Laden. 3011

Otto Pickauer

Wilhelmstadt, Emilienstrasse 8 p.

Wirkliche Freude bereitet Ihnen nur ein dauerhaftes
erstklassiges Solidaria-Fahrrad.
 Wir liefern Ihnen solches auf Wunsch auch gegen
Teilzahlungen.
 Anzahlung Mk. 20, 30 bis Mk. 50; Abzahlung
 monatl. Mk. 8 bis Mk. 15. Billige Reicheräder
 geben wir bei Barzahlung schon von Mk. 55,
 an ab. Auch Zubehörteile, wie Laufdecken,
 Lantschlänche, Lampen, Glocken etc. kaufen Sie bei uns am
 billigsten. — Preisliste gratis und franko. —
J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 459

Arbeiter, Handwerker!

Laßt euch nicht mehr bei der Bestellung von künstlichen
 Zähnen in Abzahlungsgeheimnissen dieser Art belügen und be-
 trügen, zahlt nicht für Zähne, die im Einfaß 6 bis 9 Pf.
 kosten, 3, 4, 5 oder 6 Mk.; laßt euch nicht von den joga-
 genannten Zahnreisenden beschwären, beachtet meine Offerte am
 Donnerstag abend, ihr werdet dies nie bereuen. 3001

R. Zimmermann

Breiteweg 69/70 II, Telephon 4355, Ekr. Scherrstr.

Sie finden stets größte Auswahl
 in allen Sorten

Schuhwaren

in bester Ausführung 1205
 zu allerbilligsten Preisen bei

Alwin Gelze, Buckau

Konfirmanden-Striefel
 Konfirmanden-Striefel

Große Partie
 gebrauchter Herren-
 und Damenfahräder
 welche in den Winter-
 monaten repariert
 worden sind, mit
 tadellosen Pneum-
 matiks, soweit Vorrat reicht,
 30.00 bis 60.00 Mk.
A. Rose, Magdeburg
 Breiteweg 264 2845
 Pfeil-Nähmaschinen
 Parade-Fahräder.

Konfirmanden-Striefel

kaufen Sie am besten und billigsten bei

W. Coors

M.-Sudenb., Halberstädterstr. 116



Sparfame Hausfrauen verwenden mit
 Vorliebe 872

Elfenbein-Seife

Marke „Elefant“ von
Günther & Haussner
 Chemisch-Kappell.
 In fast allen Materialw., Drogen-
 und Seifen-Geschäften zu haben.

! Ehrliche !
 Gute erhalten Taschen-
 Uhren und Ketten
 sowie moderne Zimmer-Uhren
 Regulatoren und Weder auch auf
 Teilzahlung. 3 Jahre Garantie.
 Kl. Anzahl. Abzahl. w. Woche 1 Mk.
 an. Trotz Abzahlung keine höher.
 Preise. Reparaturen billig. Ver-
 sende auch nach außerhalb. Be-
 stellung per Postkarte genügt.

Uhrenhandl. Magdb.-Neustadt
 2916 Nikolaistraße 4.

Bermittelt

wird niemals der Erfolg 5. Gebr. v.
 Stierkempfer - Teerschwefel-Seife
 v. Bergmann & Co., Radebeul
 mit Schutzmarke: Stierkempfer.
 Es ist die beste Seife gegen alle Arten
 Sautunreinigkeiten u. Sautun-
 schätze, wie Mitefester, Finnen,
 Pusteln, Blüthen, rote Flecken,
 Flechten usw. 1?
 à Stück 50 Pf. in Magdeburg:
 S. Jentsch, Alte Markt 28.
 Richard Smroth, Zischlerstraße 22.
 Viktoria-Apothek, Kaiserstr. 94 b.
 In Sudau: Rosen-Apothek.

Begr. 1889 Ueber
 Jährlicher 100 000
 Bestand Kunden.
 über 12000 Viele Lanj.
 Uhren Anmerkun.

Geg. kl. monatl. Teilzahlungen

liefern die best. Uhren u. Goldwaren
Jonass & Co., Berlin SW. 236
 Kommandantenstr. 7/9,
 Der Katalog Nr. 45 mit über
 1000 Abbildungen wird auf Ver-
 langen portofrei zugesandt.

Herren-Striefel Mk. 4.35
 Kleinfeld
 Sudau, Schönebeckerstr. 98.

Sudenburg.

Wurstschmalz 60 Pf.
 Mus 14 Pf.
 Trinkeier Mandel 1.00
 Stempel-Eier Mandel 1.15

Täglich frische Dampfmolkerei-Butter
 1.25 und 1.30
 Geizerrbutler Stück 58 Pf.
 Pommersche harte Bratwurst
 80 Pf. 3019
 5 Proz. Rabattsparmarken
 Butterhdl. Edelweiß
 Halberstädterstr. 40.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
 zum Preise von 25-60 Mk.
 Neue Nähmaschinen aller Systeme
 in billigster Preislage.
A. Rose, Breiteweg 264
 (Scharnhorstplatz).
 Bestes seit 1865 bestes Geschäft dies. Branche.
 Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
 aller Art zu billigsten Preisen. 576

Erscheint alle 14 Tage Der Erscheint alle 14 Tage

Süddeutsche Postillon

Humoristisch-satirisches Witzblatt

Groß 4^o 8seitig, reich und originell illustriert,
 schwarz und in prächtigen Farben gedr. —

Zu beziehen durch die Buchhandlung
 Volkstimme, Jakobstraße 49, sowie
 durch ihre Kolporteurs und Ansträger.

Preis pro Nummer 10 Pf.
 Jeder Arbeiter trage zu seiner weitesten
 Verbreitung bei.

Ein frummer Durche, lebensstroh und heiter, begabt mit
 heißem Spott und ägender Satire. Er ist mitunter
 unhöflich, sagt stets unverblümt die Wahrheit und rückt
 rücksichtslos den Götzen der Gegenwart auf den Leib.

Harzer Arbeiter-Sängerbund

Das diesjährige Bundes-Sängerfest findet
 am 12. August in Wernigerode a. H. statt.
 Gesangsvereine, welche sich dem Bunde anschließen wollen, werden
 ersucht, sich an **Karl Friedrich, Halberstadt, Johannes-**
brunnen Nr. 40, zu wenden.
Der Vorstand.



Trauer-Hüte

Blusen, Kostümröcke
 Kreppe, Flore etc.
 in größter Auswahl

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Gänsepekelfleisch

nur schnell damit zu räumen, verkaufte
 von jetzt ab à 2 Pf. 10 Pf. billiger
M. Weinberg, Berlinerstr. 1a.

Walhalla.

Nur noch 2 Tage
 Das großartige
 März-Programm.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 14. März 1906
 Im Notquartier.
 Donnerstag den 15. März
 Oberon.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch den 14. März 1906
 Benefiz Annie Garner
 Schönenlied.

J. Brilles

Neustadt, Lübeckerstr. 20
 gemährt 1?
5 Prozent Rabatt.

Fahrrad neu, Doppelgl.-Vager,
 stabil, 1 Jahr Garantie
 kompl. für Nähmaschine gut passend
 85 Mark, für 15 Mk.
 zu verk. Stephansbrücke 6, p. 1203

Motorrad ist sofort billig zu
 verkaufen 1180
 Neuhaldenslebenstr. 28, vorn 2 Tr.
 Erstklassige 3000

Emaill-Haushaltungs- und Küchengeschirre

erstaunlich billig
Altmarkt 23.

Zahn-Atelier
 Richard Sass 444
 Nr. 56 Breiteweg Nr. 56
 Fernsprecher 4403
 Teilzahlung gestattet.
 Woche 1 Mark, monatl. 4 Mark
 (ohne Preiserhöhung).
 Strengste Diskretion zugesichert.
 Zahnziehen schmerzlos.
 Spezialität: Zement-, Porzellan-,
 Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben
 Zahn-Reinigung. Solide Preise.

III. Magdeburger Saison.

CIRCUS

Sarrasani

Mittwoch den 14. März
**2 Extra-Fest-
 2 Vorstellungen 2**
 Nachmittags 4 Uhr
 Abends 8 Uhr.
 Bei der Nachmittags-Vorstellung
 hat jeder Erwachsene das
 Recht
Ein Kind frei
 einzuführen, weitere Kinder
 zahlen halbe Preise!
 Abends 8 Uhr
Brillante Vorstellung.
 Donnerstag den 15. März
 abends 8 Uhr
Gala-Sport-Abend
 mit exquisitem Programm.
 Vorverkauf: Von 10 Uhr
 früh ab an der Circus-Kasse
 sowie bis 6 Uhr abends in der
 Bigarettenhandlung von Jacobs,
 Ulrichsbogen.

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 61.

Magdeburg, Mittwoch den 14. März 1906.

17. Jahrgang.

Eine aufreizende Ausstellung.

W. S. Wahrlich nicht zum Vorteil der Monarchie hat sich in Preußen der Brauch eingebürgert, bei jeder Aktion auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege ein Mitglied der Hohenzollernndynastie recht in den Vordergrund treten zu lassen oder doch zum mindesten auffallend kundzutun, daß im Bürgertum nichts, aber auch rein gar nichts geschehen könne, ohne daß vom Träger der Krone der Anstoß dazu gegeben wäre. Das immer bedrohlicher werdende Anwachsen der antimonarchischen Sozialdemokratie macht nach der Anschauung „maßgebender“ und verantwortlicher Kreise diesen Brauch dringend notwendig. Man bedenkt nicht, daß solche stete Präsentation sehr bald auch auf gut monarchische Leute abstoßend wirken und die Förderer des erwähnten Brauchs in den oft vielleicht ungerechtfertigten Verdacht bringen muß, daß sie sich mit ihrem Tun und Treiben von Nebenabsichten leiten lassen. Auch die Ausstellung für Säuglingspflege in Berlin konnte am verfloßenen Sonnabend nicht eröffnet werden, ohne daß der Leiter des Unternehmens, Prof. Dr. Neubner, der bei der Feier anwesenden Gattin des deutschen Kaisers die Schmeichelei jagte, daß die allgemeine Mobilmachung, die Entflammung des gesamten Volkswillens zur Tat gegen das übermäßige Hinsterben unfres jungen Nachwuchses erst von dem Moment ab zähle, wo die kaiserliche Majestät das Gewicht landesmütterlicher Fürsorge in die Wagchale geworfen habe. Dadurch erst sei eine Gemeinsamkeit des Empfindens und Willens bei allen beteiligten Berufskreisen erwacht. Die Kaiserin hat sich bekanntlich dafür interessiert, daß aus Spenden zur Silberhochzeitsfeier eine Mutteranstalt für Säuglingspflege errichtet werde, zu der die Stadt Charlottenburg unentgeltlich den Grund und Boden hergibt. Daher die dicke Weichrauchwolke. Es hilft nichts, man muß sich erst durch sie hindurcharbeiten, um zu erkennen, daß die Ausstellung ein mit erstem Eifer aufgebautes Unternehmen ist, dessen Bedeutung selbst durch die Verpackung mit Konjervenbüchsenöffnern und andern Ungehörigkeiten nicht herabgemindert werden kann. Die in den Stadtkahnhöfen des Landesausstellungsparks nicht besonders glücklich untergebrachte Ausstellung umfaßt sechs Abteilungen, die aus der Statistik der Säuglingssterblichkeit, Entwicklung des Säuglings, Säuglingsernährung, praktische Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, Hygiene und Pflege des Säuglings und dem Anschauungsunterricht über das Stillkindertreiben bestehen. Wer aus dem Besuche der Ausstellung lernen will, kann es; der Beobachter geht bei vorurteilsfreiem Nachdenken allerdings mit der Erkenntnis heim, daß die Muttermilk zur Verherrlichung unfres deutschen Zustände sowohl wie unser bürgerlichen Gesellschaftsordnung durchaus ungeeignet ist, vielmehr ein geradezu erschütterndes Material gegen das schöne Gebilde zusammenhäuft, das als „göttliche Weltordnung“ nach dem Willen der Herrschenden bis in alle Ewigkeit hinein konjerviert werden soll.

Der leitende Grundgedanke der Ausstellung ist, zu zeigen, daß sowohl die Kuhmilch als auch die unzähligen

Nährpräparate im Verhältnis zur Frauenmilch sehr minderwertig sind; die Mutter soll ermahnt werden, wenn irgend möglich, ihr Kind selbst zu nähren. Während in Berlin 1890 noch von 100 Säuglingen 50,7 mit Muttermilch ernährt wurden, waren es 1900 nur noch 32,5. Von 3737 der im Jahre 1901 an Magen- und Darmkrankheiten verstorbenen Säuglinge waren 2360 mit Tiermilch ernährt worden, dagegen nur 144 mit Brust- und 161 mit Brust- und Tiermilch. So enorm ist der Unterschied in der Wirkung. Der beträchtliche Mangel der Selbsternährung hat mancherlei Ursachen, unter denen die Liebe Gütlichkeit der Frauen, die sich nicht die „Taille verderben“ wollen, gewiß in Betracht kommt, aber keineswegs eine ausschlaggebende Rolle spielt. Die Hauptursache liegt darin, daß auch die verheiratete Mutter nicht mehr die Zeit hat, die Ernährung selbst zu besorgen; die Sorge um die Existenz ihrer Familie treibt sie vorzeitig in die Fabrik oder an die zumeist noch schlimmeren Heimarbeit. Mit dieser Ueberanstrengung steht wieder im Zusammenhang die Verminderung der physischen Kraft, aus sich selbst für das Kind genügend Nahrung abzufordern. Die Frau hat unter der kapitalistischen Ordnung der Dinge keine Zeit, Mutter zu sein; die Uebung ihrer heiligsten Pflicht ist zum Großbetrieb ausgeartet, der im schlechten Sinne von Heimarbeit von Halbfrauen, im besseren Sinne als Fabrikarbeit von privaten und kommunalen Wohltätigkeitsanstalten betrieben wird. So treibt der Kapitalismus mit der heiligsten Pflicht der Mutter sein Spiel. Wir sind keine Lobredner der guten alten Zeit; aber wenn unsere Voreltern die heutige Kultur mit allen ihren Wunderwerken verachten lernen sollten, so müßte ein Blick auf die moderne Säuglingspflege, ein Blick auf die Entmutterung der Mutter ihnen genügen.

Eine Antwort auf die Frage, was denn das von seinen geschäftsmäßigen Lobrednern als so beneidenswert hingestellte Deutsche Reich der Sozialreform in Wirklichkeit für seine Bevölkerung getan hat, gibt von neuem die Statistik der Säuglingssterblichkeit. Die Sterblichkeit ist im Laufe der Jahrzehnte allerdings herabgemindert worden. Es starben im Durchschnitt der Jahre 1902-03 33,8 Prozent, also über ein Drittel aller überhaupt in der gleichen Zeit verstorbenen Personen im ersten Lebensjahr; erst wenn der Deutsche ein Alter von 85-90 Jahren erreicht hat, muß er eher mit der Möglichkeit zu sterben rechnen als im Säuglingsalter. In Preußen ist die Säuglingssterblichkeit infolge des schrankenlosen Raubbaues, den der Kapitalismus bis dahin treiben durfte, bis 1875 langsam gestiegen und hat sich seitdem auf annähernd gleicher Höhe gehalten. Im ganzen Deutschen Reich starben 1903 20,4 Prozent, also der fünfte Teil der Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre; 1872-75 waren es im Durchschnitt 23,8 Prozent. An zehn europäischen Ländern wurden für das Jahr 1903 niedrigere Zahlen ermittelt: nur Oesterreich stand mit 21,98 Prozent höher da. In Italien war der Satz 17,07, in Belgien 15,24, in England und Wales 14,6, in den Niederlanden 14,23, in Irland 9,88, und in Norwegen 8,45. Was die europäischen Großstädte betrifft, so überragt nur Moskau mit 35,62 vom Tausend alle andern

Städte; in München starben von 1000 Lebendgeborenen 237,5, in Breslau 236, in Leipzig 225, in Rostock 214,1, in Bukarest 207,9, in Stuttgart 202,1, in Paris hingegen nur 109,3, in Stockholm 109,7, in Christiania 101,8. In Berlin gingen trotz einer namhaften Abnahme der Säuglingssterblichkeit um ein Drittel des früheren Betrages im Durchschnitt der Jahre 1900-03 immer noch über 20 Prozent der Säuglinge zugrunde. Aber es gibt noch der von einem Mitgliede des kaiserlichen Gesundheitsamts, Reg.-Rat Dr. Würzburg, aufgestellten Statistik im Deutschen Reich 27 Kreise usw., in denen mehr als der dritte Teil aller Lebendgeborenen vor Ablauf des ersten Lebensjahres wieder verstorben ist; unter ihnen befinden sich die vier bairischen Bezirksämter Ingolstadt, Kelheim, Parsberg und Sadtanhsdorf mit einer Säuglingssterblichkeit von 40,1 bis 45 Prozent!

Dies ist der Durchschnitt; auf besondere Kategorien gerechnet ist die Sterblichkeit noch viel fürchterlicher. Die ungünstigen Bedingungen, unter denen die unehelichen Kinder leben, ja zur Welt kommen, bringen es mit sich, daß ihre Sterblichkeit die der ehelichen bei weitem überragt. Nach den Tabellen des königlichen preussischen statistischen Landesamtes schwankte die auf tausend Lebendgeborene berechnete Säuglingssterblichkeit im Durchschnitt der Jahre 1875-1900 bei ehelicher Abkunft der Kinder zwischen 105 im Regierungsbezirk Aachen und 203 im Regierungsbezirk Sigmaringen, bei unehelicher Abkunft zwischen 177 im Regierungsbezirk Aachen und 438 im Regierungsbezirk Danzig. Auch in den Regierungsbezirken Marienwerder, Posen, Bromberg und in Berlin ging die Zahl der gestorbenen unehelichen Säuglinge auf über 400. In ganz Preußen war das Verhältnis der Sterblichkeit unter den ehelichen zu derjenigen unter den unehelichen Säuglingen im Jahre 1900: 199,3 : 381,5 oder nahezu wie 1 zu 2.

Der Unterschied der Säuglingssterblichkeit zwischen Stadt und Land ist nicht sehr erheblich; die Großstädte über 100 000 Einwohner hatten in Preußen 197, die Mittelstädte von 40 000 bis 100 000 Einwohner 191, die kleineren Gemeinden 194 pro Tausend Todesfälle unter den Säuglingen aufzuweisen. Im Laufe der Jahre haben sich die Verhältnisse infolge der Zunahme der künstlichen Ernährung auf dem Lande und der Fortschritte der Gesundheitspflege in den Städten zugunsten der Städte verschoben; wozu noch kommt, daß die Beschaffung zuträglicher Kuhmilch für Säuglinge auf dem Lande für die Vermieter in dem Maße erschwert wurde, wie der Molkereibetrieb an Umfang gewann.

Außerordentlich ist der Unterschied in der Säuglingssterblichkeit zwischen reich und arm. In der Ausstellung geben hierüber die Zahlen des statistischen Amtes der Stadt Berlin, desgleichen des Amtes der Stadt Schöneberg und des sächsischen statistischen Landesamtes (Einfluß des Berufs und der verschiedenen Industriearten, Einfluß der Wohlhabenheit auf die Säuglingssterblichkeit) erschreckende Auskunft. In Berlin zeigt 1904 bei einer Gesamtsterblichkeit der Säuglinge von 196,33 pro Tausend der Lebendgeborenen ähnlich wie früher die wohlhabenden Stadtteile der Friedrichstadt und die an den Tiergärten an-

Fenilleton.

Wachsend verboten

Augustin Robespierre.

Roman aus der französischen Revolutionszeit.

Von Jan ten Brink. Deutsch von Georg Gärtner.

(23. Fortsetzung.)

9. Fräulein de Lauriac.

Als Augustin in den brüchigen Salon trat, Klang ihm Musik entgegen. Eine junge Dame saß vor dem Klavier, und andre spielten die Harfe, beide begleiteten Trial, der mit einer angenehmen Tenorstimme eine Arie aus Gluck's „Phigeneie in Aulis“ vortrug. Eine zahlreiche Gesellschaft von jungen Männern und Frauen hatte sich in diesem Gemach versammelt. Alle hatten große Sorgfalt auf ihre Toilette verwendet. Einzelne trugen weiße Haarbeutel, die meisten langes Haar. In bezug auf die Kostüme herrschte die bunteste Mannigfaltigkeit. Die jungen Damen trugen das Haar hoch frisiert oder in kurz abge schnittenen Locken. Alle waren in großer Toilette, mit sehr tief ausgefärbten Kleidern erschienen.

Eine Gruppe stand dicht beim Klavier und lauschte aufmerksam dem Spiel und Gesang, die übrigen Gäste saßen auf Divans eng beisammen und unterhielten sich munter sehr vertraulich. Da Trials Gesang die allgemeine Aufmerksamkeit wach hielt — und er wirklich ein Künstler von großem Talent war — blieb Madame de Saint-Amaranthe auf der Schwelle des Salons stehen. Augustin musterte die bunte Gesellschaft kopfendens Herzens. Beim ersten Blick hatte er sie bemerkt. Sie saß allein auf einem Fauteuil bei einem Fenster, das ganz hinter dicken, roten Damastgardinen versteckt war. Das schöne Köpfchen ruhte in ihrer Rechten und von dem Gesicht war wenig zu sehen. Sie war sehr einfach gekleidet. Das schneeweiße Spitzentuch, das lose um Hals und Brust geschlungen war, hob sich scharf von dem schwarzfarbenen Gürtel und dem schwarzseidenen Kleide ab. Auf ihrer Brust prangte noch dieselbe Kokarde von rot-weiß-blauem Band, die sie in der Oper getragen.

Die Arie Trials dauerte geraume Zeit, aber das Mädchen veränderte ihre Haltung nicht — sie schien nicht zur Gesellschaft zu gehören. Auch auf sie achtete niemand. Trials Vortrag wurde mit fürmischem Beifall belohnt. Ein Durch-

einander von Stimmen erhob sich in dem Salon. Frau de Saint-Amaranthe bewegte sich mit außerordentlich liebenswürdigem Lächeln unter ihren Gästen, und winkte Augustin, ihr zu folgen. Dieser schien nicht zu sehen, was rings um ihn vorging; er hatte nur Augen für die Unbekannte, die sich absichtlich von dem Gemüth fernhalten schien. Warum die Wastfrau sich gerade jetzt beeilte, ihn in ihre Nähe zu bringen, war ihm ein Räthsel, aber er folgte ihr ohne Zögern. Als die beiden den Fauteuil, in dem das junge Mädchen mit dem Spitzenhaarkopf saß, fast erreicht hatten, erhob sie den Kopf. Sie stand rasch auf und trat Frau de Saint-Amaranthe entgegen. Ihre samtartigen, dunkelbraunen Augen schienen gepeint zu haben. Augustin wurde überrascht durch ihre hübsche Haltung und ihren elastischen Gang. Schon wollte sie den Mund zum Sprechen öffnen, aber sie schlang verwirrt die Augen nieder, als sie Augustin neben der Frau des Hauses wahrte.

„Henriette,“ sagte Frau de Saint-Amaranthe — „darf ich Sie mit einem meiner Gäste bekannt machen? Es ist nicht gut, sich mitten in einer fröhlichen Gesellschaft zu isolieren. — Herr Augustin Robespierre — Fräulein de Lauriac!“

Augustin verneigte sich erröthend, Henriette erwiderte die Begrüßung mit tiefem Ernst. Sie war totenblaß und schien außer sich zu sein. Aber plötzlich ergriß sie die Hand der Frau de Saint-Amaranthe und sagte mit einer Stimme voll musikalischen Wohlklangs, der Augustin selbst bewegt:

„Liebe Madame, ich habe meinen schwachen Kräften zu viel zugemutet und werde von Kopfschmerz gepeinigt. Ich möchte gern nach Passy zurückkehren.“

„Aber, meine Liebe, woran denken Sie denn? Es ist schon elf Uhr. Es sind keine Wagen mehr zu bekommen und Sie wohnen zu weit weg. Sie bleiben bei mir über Nacht. . . Das ist abgemacht!“

„Es tut mir leid, Madame, aber ich fühle mich nicht wohl. Der Spaziergang wird mir gut tun, das Wetter ist entzückend, aber. . .“

„Natürlich können Sie nicht allein nach Hause. Wenn Sie darauf beharren, fortzugehen, werde ich einen meiner Diener mitschicken.“

Augustin hörte mit gespanntester Aufmerksamkeit diesem Gespräch zu. Er jagte plötzlich in leisem, dringendem Tone:

„Wenn Fräulein de Lauriac mir gestatten will, sie auf diesem Gang zu begleiten, so werde ich mich glücklich schätzen.“

„Eine gute Idee!“ — entgegnete Frau de Saint-Amaranthe lächelnd. — „Henriette könnte unterwegs leicht befallen werden, denn in den elmsäischen Feldern ist es nicht immer sicher. Zur Erhöhung der Sicherheit kann dann immer noch ein Mann aus meiner Dienerschaft Ihnen folgen.“

Henriette hatte Augustin zweimal offen ins Gesicht gesehen. Aus dem ersten Blicke ihrer tiefbraunen Augen sprach kein Schimmer von Furcht, keine Spur von Mißtrauen.

„Wenn es nötig ist, daß ich unter doppeltem Geleite den Heimweg antrete, so will ich Ihr freundliches Anerbieten nicht ablehnen,“ sagte sie ruhig, Augustin frei in die Augen sehend.

Frau de Saint-Amaranthe versuchte es nochmals, sie zum Bleiben zu bewegen. Das junge Mädchen blieb unerbittlich und beharrte darauf, daß ein Spaziergang im Freien sie von ihrem Kopfschmerz befreien werde. Augustin schien die ganze Welt vergessen zu haben, er sah nur Henriette, er mußte nur, daß er sie sprechen, eine Weile begleiten durfte. Er bemerkte, daß sie mit Frau de Saint-Amaranthe den Salon verließ, und folgte den beiden, ohne auf die andern Gäste zu achten, deshalb bemerkte er nicht, daß mancher ihm neugierig nachblickte; er wußte nicht, daß Trial ihn mit spöttischem Lächeln musterte — er beeilte sich, die beiden Frauen durch die Salons bis in den Korridor zu begleiten. Die Frau des Hauses flüsternte einem riesenhaften Lakaien einige Worte zu, der augenblicklich herbeikam. Sie nahm darauf Henriette das Versprechen ab, ihren Besuch bald zu wiederholen, schlang ein schwarzes Tuch um den Kopf und die Schultern des jungen Mädchens und knüpfte es unter dem Kinn fest. Nun erschien auch der Lakai wieder, aber in einem gänzlich veränderten Kostüm. Anstatt der weißen Perücke trug er eine rote Mütze, anstatt des schwarzen Rockes eine Carmagnole (Nermelweste), anstatt der schwarzen Anie-hose ein langes, grau-weiß gestreiftes Beinkleid, in der Hand hatte er einen dicken Knotenstock. Frau de Saint-Amaranthe beauftragte ihn, den beiden jungen Leuten in gewisser Entfernung zu folgen und auf ihre Sicherheit bedacht zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

grenzende Region die günstigsten, die Arbeiterviertel des Wedding im Norden die ungünstigsten Biffen. Diese bewegen sich zwischen 52,21 und 420,9 pro Tausend! Bei einem Proletarierkinder liegt am Tage der Geburt also achtmal näher die Wahrscheinlichkeit, daß es im ersten Jahre zugrunde gehe, als bei dem Kinde eines Wohlhabenden. Ist eine vernichtendere Anklage gegen die heutige Weltordnung denkbar?

Die Ausstellung enthält eine kaum aufzählbare Fülle von praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Von Aufmunterungen zur natürlichen Ernährung, Stillprämien, Stillzimmern, Schutzmaßnahmen in gewerblichen Betrieben, Maßnahmen zu der Veranlichung des Mütterwesens sowie zur Verbesserung der künstlichen Ernährung werden Beispiele gegeben; die Hygiene des Säuglingszimmers, die allgemeine Körperpflege des Säuglings, die Fürsorge für zu früh Geborene, die Verhütung von Erblindung und Gehörstörungen sowie zahlreiche Wohlfahrtsmaßnahmen werden demonstriert. Arzt, Hebammen und Krankenschwestern finden Belehrung die schwere Menge. Aber die vielen guten Lehren und Beispiele können zumeist nur da befolgt werden, wo es nicht an den nötigen Mitteln gebricht und wo man hinsichtlich ihrer Praktizierung ohnedies nicht eben besorgt zu sein braucht, wobei keineswegs verkannt werden soll, daß manche der neueren Einrichtungen, wie die Säuglingsfürsorgestellen der Stadt Berlin, sehr wohl den Armen zum Nutzen gereichen.

Die Leistungen der Ausstellung sind anerkennenswert sowohl in den Abteilungen, die die Ursachen des großen Sterbens zeigen, als auch dort, wo die Maßnahmen zur Abhilfe und Linderung des Elends vorgeführt werden. Dennoch fehlt auf beiden Gebieten ein Wesentliches. Unter den Ursachen ist die völlig unberücksichtigt geblieben, die bei den Negierungen und den herrschenden Klassen liegt. Die hohe Säuglingssterblichkeit in Deutschland, von der die Ausstellung grausige und beschämende Kunde gibt, kommt nicht von ungefähr; sie ist begründet in dem allgemeinen Elend, dem die arbeitende Klasse im Staate der Sozialreform preisgegeben ist. Sie ist begründet in der Unterernährung, weiter proletarischer Schichten, die wiederum ihren Grund hat in der zugunsten der Agrarier und Großindustriellen betriebenen Sozialpolitik, durch welche die unentbehrlichsten Lebensmittel nutzlos verteuert werden. Dies Elend hat weiter seinen Grund darin, daß der deutsche Arbeiter nächst dem russischen am unzureichendsten dasteht, daß er an dem gemeinsamen Streben, seine Lebenshaltung im Kampfe mit dem Kapital zu verbessern, durch künstliche Einengung des Konsumrechts, durch den Krieg, den Polizeistat und Justiz im Bunde mit dem Unternehmertum unausgesetzt gegen ihn führen, in einer für die Arbeiter freier Länder geradezu unfaßbaren Weise gehindert wird. Davon meldet die Ausstellung für Säuglingspflege nichts, ebenso wie sie nirgendwo direkt erwähnt, daß alle schönen Rathschläge der ärztlichen Wissenschaft bedeutungslos sind, wenn der Proletarier nicht selbst

den Wert davon kennen gelernt, wenn er nicht mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation sich Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft, die ihm ermöglichen, sich und sein Haus angemessen zu ernähren, seine Frau endlich der Familie wiederzugeben. Zu solcher im Gegenwartsstaate einzig wirksamen Abhilfe findet sich in der Ausstellung für Säuglingspflege nirgendwo eine Aufmunterung. Wenigstens in Worten nicht. In den Passen allerdings, für den, der sie zu deuten versteht. Dafür aber, daß Arbeiter und Arbeiterin die Sprache der Zahlen verstehen lernen, ist georot; und so kann auch dies zur Verherrlichung der Dynastie und der herrschenden Klassen vermittelte Unternehmungen zum wichtigsten Agitationsmittel gegen die heutige „Ordnung“ werden. Auch die ungebildete, ungeschulte Proletarierin begreift die Zahlensprache, die da lehrt, daß ihr Liebste achtmal eher vom Tode bedroht ist als das Kind ihres Arbeitgebers! —

Wahnen zusetzen sein; wenn aber seit dem August vorigen Jahres allein in Preußen ein halbes Dutzend schwerer Unfälle mit zusammen 26 Toten und 15 Schwerverletzten vorgekommen sind, so ist das doch eine erschreckende Erscheinung. (Sehr richtig! links.) Weltliche Unternehmung der Einrichtungen ist immer besser als die Verstraffung einzelner wirklich oder vorgibt Schuldiger. Das Spremberger Unglück hat wieder deutlich die Bedenkllichkeit der Eingeleistete gezeigt. — Für die Betriebsmittelgemeinschaft sind die fiskalischen Interessen der Verwaltungen weit maßgebender als das Interesse des Publikums. Süddeutschland drängt darauf, weil man die schlechten Einnahmen der dortigen Eisenbahnen verbessern will. Bei Preußen bekanntem Fiskalismus wird die Zentralisation dem Publikum keinen Vorteil bringen; selbst der Wagenmangel wird vielleicht noch größer werden. Auch die geplante Tarifreform ist sicher nicht zum Vorteil des Publikums geplant. (Sehr richtig! links.) Von dem billigen Vorortverkehr, gegen den sich Graf Kanitz so scharf gewandt hat, haben auch viele Landwirte Vorteile. Man denke an die Wacern-Wilddörfer der Mark Brandenburg. (Juruse links: Schöneberger! Heiterkeit.) Auch ohne Vororttarif werden die Großstädte wachsen, aber sie würden dann in noch ungehinderter Weise zusammengedrängt werden. Die Prophezeiungen bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen, daß sie von nun an in ausschließlich fiskalisches Staatsinteresse ohne Rücksicht auf die nationalen Wirtschaftsinteressen verwaltet werden würden, sind vollumfänglich eingetroffen. Das Reichseisenbahnamt sollte mindestens allzu schroffen Verträgen des preussischen Eisenbahnparkettarifs gegenüber das Gesamtinteresse, z. B. bei Umleitungen, entgegenzutreten. Leider hat aber das Reichseisenbahnamt gegenüber dem preussischen Minister nur geringe Autorität. Kleinstaat, z. B. Lübeck, gegenüber weicht es seine Autorität ganz anders zu wahren. (Weis. links.)

Hg. Voß-Gotha (Soz.): In den Landtagen der kleinen norddeutschen, namentlich der thüringischen Staaten werden fortwährend Klagen über die fortgeschrittene Verstaatlichung durch die preussische Eisenbahnverwaltung geführt. Preußen verhindert den Bau von Bahnen, welche private Gesellschaften ohne Zuschuß auszuführen sich erbieten, und fordert dann selbst horrenden Zuschüsse für den Bau dieser Linie. Die zahlreichen preussischen Eisenbahnbeamten, die in den thüringischen Staaten wohnen — in Gotha allein sind es tausend — müssen ihre Steuern nach Preußen entrichten. In dem kleinen Herzogtum Gotha macht das die Summe von 60 000 Mark aus. Alle Parteien in Thüringen ohne Unterschied sind sich einig in der Beurteilung dieses himmelführenden Unrechts. Seit Jahren streben die Städte Arnstadt und Gotha eine Eisenbahnverbindung an; aber die preussische Verwaltung gibt nicht die Erlaubnis zum Bau; selbst eine Audienz beim Minister wurde verweigert. Dagegen wurde eine Bahn Erfurt-Arnstadt genehmigt. Die preussische Eisenbahnverwaltung will eben den ganzen Verkehr nach Erfurt leiten, und alle Interessen der kleinen Staaten müssen demgegenüber zurücktreten. Nur bedeutende Ausdehnungen der Befugnisse des Reichseisenbahnamtes kann die kleinen Staaten vor solchen Schikanen schützen. Wir sind wahrhaftig weder Partikularisten noch Preußenfreier, aber gegen die Kleinliche, niedrige und mehr als fiskalische Art, wie Preußen die Interessen der kleinen Staaten benachteiligt, müssen wir entschieden Protest einlegen. Nicht einmal die eigenen Verträge, die es mit den kleinen thüringischen Staaten abgeschlossen hat, werden von Preußen verletzt. Dabei ist das Herzogtum Gotha Preußen mit aller Aufrichtigkeit entgegengetreten und hat zwei sehr rentable Bahnen abgegeben. Wo aber bleibt der Dank des Hauses Hohenzollern? — Der preussische Minister ist uns gegenüber zum Geier geworden. — In das Loblied des Hg. Wasserhahn auf die vier Wagenklasse können wir nicht einstimmen. In Bayern und Württemberg ist die dritte Wagenklasse nicht teurer als bei uns die vierte. Es ist unerschöpflich, daß der, der 12, 15, 20 Stunden fahren muß, dabei stehen soll. In Preußen würde man am liebsten freilich noch eine fünfte Wagenklasse schaffen. — Auch über die Nichtberücksichtigung der von der Verwaltung selbst als berechtigt anerkannten Forderungen der Eisenbahnarbeiter wurde das Reichseisenbahnamt mit Preußen einmal ein ernstes Wort sprechen. (Bravol h. d. Soz.)

Präsident Dr. Schulz: Für den Bau neuer Eisenbahnlinien und für die Beschäftigungsverhältnisse der Beamten und Arbeiter ist das Reichseisenbahnamt nicht zuständig. Auf der Spremberger Linie verkehren täglich nur 23 Züge und gelegentlich einige Bedarfzüge. Das ist keine Belastung, die unbedingt eine Verwindung der eingetragenen in eine zweigleisige Strecke nötig macht. Andre eingetragene Strecken sind weit stärker belastet, ohne daß dabei Mißstände zutage treten. In einem andern Falle dagegen hat das Reichseisenbahnamt mit Erfolg auf die Notwendigkeit eines zweiten Gleises hingewiesen.

Hg. Kirisch (Ztr.) wünscht eine Reform des Wohnungsgeld-Zuschussystems.

Hg. Gieber (natl.): Die Konferenzen der Eisenbahnminister in Sachen der Betriebsmittelgemeinschaft sind von uns im Süden „Remissionen“ getauft worden. (Heiterkeit.) Schon Bismarck hat gesagt: Solange das deutsche Eisenbahnwesen nicht vereinheitlicht ist, bleibt das ein Squidfontio im Buch des Bundesrats. (Weis. links.)

Hg. Kämpf (Ztr.) wünscht, daß der Vorredner den Behauptungen auf Verleumdung innerhalb der nationalliberalen Fraktion entgegenzutreten möge, und ersucht die Verlegung der Parteien in der Wagenhandgeforderte. (Weis. links.)

Präsident Dr. Schulz: Ich erkläre, daß eine Umänderung der Eisenbahngesetzgebung vorgenommen sei und der Entwurf den einzelstaatlichen Verwaltungen zur Bearbeitung vorliegt. Die Aufhebung des Wagenhandgeldes würde den Umlauf der Wagen verlangsamen.

Hg. Gorbain (Ztr. V.): Die Eisenbahnverwaltung in Preußen hat entgegen den Bestimmungen des niederländischen Reichseisenbahngesetzes und im Widerspruch mit den Interessen der deutschen Industrie einen Mißbrauch verübt, der die Minister um 10 Tage verlängerte. Die Direktion hat damit, wie ich über am vorigen Montag bei Begründung unter Interpellation hervorhebe, einfach dem Wesen des Bundesrats gehorcht. Auch nach der Befreiung unserer Eisenbahnen befand sich auf dem Standpunkt, daß es gar keine Veranlassung habe, die durch seine Schuld nicht notwendig zur Verbesserung gelangenen Waren nach dem alten Tarif zu verkaufen. Ich bin dem Grafen Kanitz bei, daß eine Ermäßigung des Gütertarifs noch wichtiger ist als eine Personalermäßigung. Eine Ermäßigung der Personalrate mußten wir aber einschließen. Die Erhöhung des Grafen Kanitz um den Kilometerzuschlag war mit um so interessanter, als am 11. Januar derselbe Graf Kanitz für ein Jahrtausend neuer eingeworben ist. Die Verstaatlichung der kleinen Wagenklasse im Norden würde ein bedeutsamer positiver Fortschritt sein. — In die Betriebsmittelgemeinschaft hätte ich mir sehr geringe Erwartungen, z. B. ich fürchte, daß die Aufhebung der Kontingenz das Ansehen Preußen nur noch vergrößern wird. So könnte leicht eine Verstaatlichung statt einer Reformierung aus dieser „Reform“ entstehen. Lassen wir es deshalb in dieser Hinsicht lieber beim Alten. (Zustimmung links.) Die von unter Fraktion zuerst vorgeschlagene Reichseisenbahnverwaltung der Eisenbahnerverbände, die jetzt immer mehr Anhänger findet, wird sich auch als das beste Mittel betrachten, dem drückenden Heberwicht Preußens über die Mittelstaaten im Eisenbahnwesen ein Ende zu machen. (Weis. links.)

Präsident Dr. Schulz: Die Entscheidung an der römischen Grenze lag allerdings beiderseits an der Regierung des römischen Reiches, Reichsgerichte einzurufen. (Zur. hört!) Ich hoffe mit dem Staatsminister Graf Kanitz, daß die Verwicklungen unter Berücksichtigung in Preußen durch Vertrag haben und zur Untertänigung der deutschen Reichsgerichte führen werden.

Hg. Stille (Soz.) fragt gegenüber dem Präsidenten Schulz an der Hand der letzten eine frische Entscheidung der Eisenbahnmittel sei. Durch Gerichtsverteilung ist festgestellt, daß durch

zu lange Arbeitszeit schwere Unfälle herbeigeführt worden sind. So wurde festgestellt, daß ein Arbeiter 6 Tag- und 7 Nachtschichten hintereinander hatte, und zwar von munterer bis 12stündiger Dauer. (Zur. hört! h. d. Soz.) Wie kann da die nötige geistige Frische vorhanden sein? Der Präsident des Reichseisenbahnamtes sollte sich einmal die Mägen ansehen, in denen sich das Hauptpersonal aufhalten muß. Da kann wirklich nicht von Musterbetrieben gesprochen werden. Die ganze Fürsorge des Ministers wurde beschränkt sich auf den Kampf gegen den Alkohol, und auch dieser Kampf wird nicht durch Befehl, sondern durch willkürliche Verteuerung des Bieres geführt. Der Minister verbietet den Arbeitern ferner, Konsumvereine beizutreten. Das böse preussische Beispiel verbietet auch in Sachen gute Sitten. Um 185 000 Mark zu sparen ist die Zahl der Bahnwärter um 150 verringert worden. Die Betriebssicherheit wird durch solche Maßnahmen sicher nicht gefördert. Auch die Eingeleistete, die das Spremberger Unglück herbeigeführt hat, ist aus diesem falschen Sparsamkeitssystem entsprungen, welches wir im Interesse der Arbeiter sowohl wie der Allgemeinheit bekämpfen und bekämpfen werden. (Weis. h. d. Soz.)

Hg. Vandert (Soz.): In Thüringen werden durch mangelhafte Heber- und Unterführung vielfach Leben und Gesundheit von Personen gefährdet und wirtschaftliche Interessen geschädigt. Alle Petitionen auf Abstellung der Mißstände haben nicht geschloffen; man hat von den betreffenden Gemeinden Zuschüsse gefordert, die diese nach ihrer Finanzlage nicht leisten können. Die letzten großen Unfälle bei Großheringen und Eisenach beweisen, daß infolge der Heberlastung der Streckenarbeiter und der Beamten die Betriebssicherheit leidet. In Thüringen werden Sackbahnen nicht ausgebaut, große Umwege gemacht, Bahnhöfe an unpraktischen Stellen angelegt, nur um preussischen Duten auf Kosten nichtpreussischer Vorteile zuzuschlagen. Ich bin durchaus der Ansicht meines Freundes Voß. Die thüringischen Staaten müssen die preussischen Bahnbeamten befreien können. Thüringen hat fast nichts von den preussischen Bahnen, die es durchzuziehen. Wir sind keine Reichsfeinde, keine Partikularisten, aber solange derartige Verhältnisse im Eisenbahnwesen Thüringens herrschen, wird dort die Unzufriedenheit nicht beseitigt werden. (Weis. h. d. Soz.)

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest des Etats des Reichseisenbahnamtes.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. (Reichspensionsfonds, Reichsinvalidenfonds und Reichsfinanzamt.)

Schluß 6 1/2 Uhr. —

Soziales.

Haustindustrie und Genossenschaftswesen. Vortrag, anlässlich der Heimarbeit-Ausstellung zu Berlin am 16. Februar 1906 im Saale des Oberverwaltungsgerichts gehalten von Simon Stabenstein. Berlin D. 17, Verlag Genossenschafts-Pionier (Genossenschaftliche Agitations-Bücherei). 1. Heft. 24 Seiten. 20 Pf.

Ein erfahrener Praktiker auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung wie der genossenschaftlichen Organisation behandelt in diesem Vortrag ein bisher wenig beachtetes Mittel zur Einschränkung des Elends der Heimarbeit. Von der Erwägung ausgehend, daß von der in erster Linie zum wirksamen Eingreifen berufenen Gesetzgebung unter dem herrschenden System nur wenig zu erwarten ist, betont er um so entschiedener die Notwendigkeit genossenschaftlicher Organisation der Arbeit, deren Fähigkeit, auch auf diesem Gebiete der sozialen Befreiung zu dienen, er aus mannigfachen Ansätzen produktiv- und konsumgenossenschaftlicher Organisation in Deutschland, vor allem aber aus den vorbildlichen, in großem Maß durchgeführten Einrichtungen der machtvollen englischen Genossenschaftsbewegung nachweist. Der mäßige Preis der ausgearbeiteten Schrift wird bei Partizipation noch wesentlich vermindert, so daß sie Genossenschaften wie Gewerkschaften und allen Interessenten des Arbeiterchutzes zur Verbreitung empfohlen werden kann. —

Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Hg. Berlin, 11. März 1906.

Die Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten trat heute mittags 12 Uhr im Bürgercafé des Rathauses zusammen. Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstatteten Universitätsprofessor Dr. Lajzar und der Generalsekretär Dr. A. Blajsko, beide in Berlin. Sie heben hervor, daß die Gesellschaft weder eine reine Studiengesellschaft von Fachgelehrten, noch ein bloßes Organ der Volksbelehrung, noch eine politische Körperschaft zur Einwirkung auf die öffentlichen Verhältnisse sei, sondern von Anfang an diese drei Zwecke zu vereinigen gesucht habe. Mit den erreichten Erfolgen, der Vereinigung von nahe an 5000 Mitgliedern in 22 Ortsgruppen, der Verbreitung der Merkblätter in mehr als 1 1/2 Millionen Exemplaren, dem Absatz der Fortbildungsblätter usw., dürfe sie wohl zufrieden sein. Die Probe habe im allgemeinen die Sache vor der öffentlichen Erörterung jenseitiger Fragen überunden und die Gesellschaft wirksam unterstützt. Wo falsche Prüderie die Entziehung von Ortsgruppen bisher verhindert habe, wie in Magdeburg, Königsberg, Halle, Bremen, Leipzig und Straßburg, sei ihre Bildung in kürzester Zeit zu erwarten. Die Gesellschaft dürfe also ruhig auf dem eingeschlagenen Wege weiter gehen. Sie fahre nur einen wirklichen Gegner: die Unwissenheit und den Überglauben der leidenden Menschheit, den die Kurpfuscher nach Kräften ausnutzen. Gegen diesen Feind werde sie den Kampf mit aller Kraft fortführen. (Beifall.)

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Dürfen Kranke-Lassen hygienische Kongresse besuchen?“, erstattet das Referat der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe für Kaufleute, Albert Kohn. Folgende Resolution fand Annahme: „Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hält die Beteiligung der Krankenkassen an den Arbeiten und Verhandlungen der Gesellschaft sowie anderer hygienischer Vereinigungen für nützlich und notwendig im Interesse der Krankenkassenverwaltung, der Krankenkassenmitglieder, sowie zur Förderung der allgemeinen Volksgeundheit.“

Ueber den Antrag des Vorstandes betr. Einsetzung einer Sachverständigenkommission, welche über die Reformierung der Reglementierungen beraten hat, referiert Dr. Waldberg Berlin: Es habe sich als fast unmöglich erwiesen, durch die Debatte über die Reglementierung der Prostituierten in öffentlichen Verwaltungen zu einem praktischen Resultat zu kommen. Deshalb sei die Anregung, die der Hg. Ministerberg im Februar d. J. im preussischen Landtag gegeben habe, nach dem Vorbilde Frankreichs eine außerparlamentarische Sachverständigenkommission über diese Frage einzuberufen, mit Dank und Freude zu begrüßen. Die Erklärung des Ministers, daß er schon längere Zeit selbst diese Arbeit gehabt habe, beweise, daß die Anregung in kurzer Zeit realisiert werden würde. Es sei wohl möglich, jetzt durch Vereinigung der widerstreitenden Standpunkte zu einer Art Kompromiß praktische Arbeit zu leisten.

Auf Antrag von Fr. Helene Stöder wird die vorgelegte Resolution in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß auf Grund der Verhandlungen des preussischen Landtags nach einer Eingebung des Herrn Ministers des Innern die lat. preussische Staatsregierung bereit ist, eine geeignete Kommission zu berufen, die

Deutscher Reichstag.

63. Sitzung.

Berlin, 12. März, nachm. 1 Uhr.

Im Bundesratssaal: Dr. Schulz.

Die Debatte über den Ort des

Reichseisenbahnamtes

wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Präsidenten“.

Hg. Gieber (natl.) auf der Tribüne sehr völlig unverständlich spricht über verschiedene Eisenbahnfragen.

Präsident Dr. Schulz erklärt diese Projekte noch nicht für völlig fertig.

Hg. Graf Kanitz (Natl.) bezeugt, daß die Betriebsmittelgemeinschaft bis zum 1. Oktober befristet sein wird. In dem Sachverhalt erkläre ich den Tarif der Züge. A. W. zu große Spannung zwischen dem Preis der ersten und der zweiten Klasse wird die nötige Bekämpfung der ersten Klasse herbeiführen. Nicht dem wußten und dem Übermaß ist der deutsche Personalrat der Billige. Es liegt also gar keine Veranlassung vor, ihn zu verweigern, weil notwendiger wäre die Verbilligung der Gütertarife. Die Personalrate begünstigen nur das Anwachsen der Gehälter. Die Verbilligung der Gehälter ist für das Bedenken gegen sich, daß dann wahrscheinlich jeder zweite Gehalt wie möglich ein Gewerbe unternehmen wird. Ich für meine Person bin ganz entschieden gegen die Personalrateerhöhung. Ich würde als Folge eine außerordentliche Erhöhung der Gehälter anderer Eisenbahnen, daß eine Maßnahme im Falle ihrer Einführung zu niedrigeren Klassen übersehen werden. Ich hoffe, daß ein Vertrag für die Personalrateerhöhung geschlossen wird. (Bravol rechts.)

Hg. Wasserhahn (natl.) weist auf die Bedeutung des Wohlstandes hin, bis Vöfel für den internationalen Güterverkehr hin und zwar um Förderung des nationalen Verkehrs der Betriebsmittelgemeinschaft, das nicht am Partikularismus der Einzelstaaten scheitern darf. Weiter noch als eine Betriebsmittelgemeinschaft würde eine nötige Betriebsmittelgemeinschaft sein. Die nachdenklichen würden weiter darüber, auf welche Eisenbahnmaßnahmen zu achten. Der Personalrat gegen die Einführung der ersten Wagenklasse würde die internationalen Staaten aufpassen müssen. In diesem Punkte ist bei einer Volksabstimmung über die Personalrateerhöhung der ersten Wagenklasse zu berücksichtigen. (Beifall h. d. Soz.)

Hg. Wasserhahn (natl.) fragt die Verwaltung der Eisenbahnen, ob die Personalrateerhöhung der Eisenbahnen zum Nutzen der Arbeiter sein würde, wenn die Personalrateerhöhung der Eisenbahnen

sich mit der Frage der staatlichen Behandlung der Prostitution beschäftigen soll. In dieser Kommission sollen auch Mitglieder unserer Gesellschaft, Frauen und Männer, zur Beratung und Beschlussfassung zugezogen werden. Die Gesellschaft gibt gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass auch in den andern Bundesstaaten in ähnlicher Weise vorgegangen werde.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. —

Gewerkschaftsbewegung.

Buchdruckerstreik in Thorn. Das gesamte Personal der Buchdruckerei Hoppe in Thorn — Thorer „Niederrheinische Zeitung“ —, Seger, Drücker und Stereotypen, ist anständig. Es handelt sich um die Einführung des deutschen Buchdruckerartikels. —

Wahung, Metallarbeiter! In Wienburg (Niederrhein) befinden sich die in der Eisenindustrie und Maschinenfabrik beschäftigten Formner, Schmiede, Schlosser, Modellmacher und Hilfsarbeiter wegen Lohnunterschieden im Streik. Es besteht die Vermutung, dass die Firma Streikbrecher nach Leipzig verlegen hat. Die Kollegen werden gebeten, dies zu beachten und ferner für Fernhaltung von Bezug zu sorgen. —

Tischlerstreik in Nürnberg. Etwa 500 Tischler stellen, nachdem Unterhandlungen mit ihren Arbeitgebern erfolglos verlaufen waren, die Arbeit ein. Ihre Forderungen sind Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. —

Der Streik der Töpfer in Posen ist nach achtzehntägiger Dauer zugunsten der Gehilfen beendet worden, sie nehmen zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder auf. —

Nach einer Arbeiterorganisation. Der Verein der Berliner Konditorgehilfen von 1875 hat für seine Mitglieder einen Orden gestiftet, der Eichenlauborden benannt wird, wozu man die Erlaubnis beim preussischen Königssohn einholte. Wie dem „Vorwärts“ mitgeteilt wird, befinden sich gerade in diesem patriotischen Arbeiterverein Gehilfen, die noch für einen Monatslohn von 30 bis 40 Mark arbeiten müssen. —

Der Deutsche Lederarbeiterverband hat in letzter Zeit wieder in einer Reihe von Orten bedeutende Erfolge aufzuweisen. Meist ohne Arbeitsniederlegung sind Fortschritte durchgesetzt worden. Dies dürfte zunächst auf den erfolgreichen Streik in Berlin zurückzuführen sein, sowie auch auf die Opferwilligkeit der Mitglieder, die seit geraumer Zeit eine Extravertener entrichten. Das zu einem erfolgreichen Kampf auch in diesem Jahre Geld — notwendig ist, haben die Lederarbeiter längst eingesehen. In Weiden, Wismar und Genth wurde die Arbeitszeit um 1 Stunde verkürzt. Es setzen noch Lohnerschöngungen durch die Lederarbeiter in Blankenburg, Berlin, Arnstadt, Wismar, Alenburg, Elmshorn sowie in einer ganzen Reihe anderer Orte. Diese Erfolge dürften für alle dem Verband noch Fernstehenden ein Ansporn sein, demselben beizutreten. —

Eine Konferenz der Vertreter der Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände fand in der Zeit vom 19. bis 23. Februar in Berlin statt. Sie beschäftigte sich mit der Umstellung von Gewerkschaftssekretären im Rheinland, mit den leidigen Grenzstreitigkeiten, mit der Einrichtung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse und mit dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Bei der Besprechung der Grenzstreitigkeiten wurde von dem Eingehen auf einzelne Grenzstreitigkeiten abgesehen und nur allgemeine Grundsätze aufgestellt.

Betreffend die Gründung von Sonderorganisationen in Genossenschaftsbetrieben wurde gegen 2 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen ist prinzipiell zu verwerfen. Diese Angestellten und Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampfe gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.

Mit einer weiteren Erklärung des Vorsitzenden, wonach demnächst eine Aussprache der Verbandsvorstände der Handlungsgesellschaften und Lagerhalter über eine anzubahmende Verschmelzung stattfinden soll, erklärten sich die beiderseitigen Vertreter einverstanden.

Bezüglich der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse wurde einem von der Generalkommission vorgelegten Programm zugestimmt. Bereits in den Monaten September und November 1906 wird im Berliner Gewerkschaftshaus mit den Kursen begonnen. Die Anzahl der Teilnehmer ist zunächst 50. In jedem Werktag werden vier Vorlesungen gehalten. Außerdem finden täglich zwei Diskussionsstunden statt. Die Vorträge sind vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 3 bis 4 Uhr. Die Diskussionsstunden sind nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Die Teilnehmer am Kursus haben die Verpflichtung, sämtliche Vorträge und Diskussionen zu besuchen. Neben der Teilnehmer wird ein Kontrollbuch geführt.

Zur Teilnahme sind berechtigt in erster Linie die bedürftigen Gewerkschaftsbeamten, gleichviel ob die Kosten von ihnen selbst oder von den betreffenden Organisationen getragen werden. In zweiter Linie kommen diejenigen in Betracht, die von einer Organisation auf Organisationskosten entlastet werden. Sollte dann noch Platz vorhanden sein, so kann auch anderen Gewerkschaftsmitgliedern die Teilnahme gestattet werden. Am Unterrichtsorte anfallenden besonderen Gewerkschaftskosten kann, wenn es der Platz erlaubt, gestattet werden, dass an einzelnen Vorträgen und den dazu gehörenden Diskussionsstunden zu teilnehmen.

Die Ausgabe für Schule und Lehrkräfte befreit die Generalkommission. Die Aufenthaltskosten der Schüler sind, soweit sie nicht selbst getragen werden, von den Organisationen zu zahlen, die Schüler entlasten.

- Für die Kurse sind folgende Vorträge in Aussicht genommen:
1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.
 2. Die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland.
 3. Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande.
 4. Die Versicherungsgelegenheit.
 5. Die Arbeiterkassenbestimmungen.
 6. Die Gewerbeordnung.
 7. Einführung in die Nationalökonomie.
 8. Kartelle und Unternehmervereinigungen.
 9. Vorbedingungen der Statistik.
 10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur.
 11. Buchführung und kaufmännischer Verkehr.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte der letzte Tagesordnungspunkt: „Partei und Gewerkschaften“, in deren Verlauf lebhafteste Beschwerden über eine Reihe systematischer Angriffe verschiedener Parteiorgane und gewisser Parteimitglieder auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Führer und Presse erhoben wurden. Schon während und nach dem großen Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, besonders aber nach dem Kölner Gewerkschaftskongress wurde in diesen Angriffen und in der Herabsetzung der Gewerkschaften seitens einzelner Parteiorgane ein Erklärliches gesichtet. Bei aller Uebereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Klassenkampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einzig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, können man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden soll. Besonders sei es die Pflicht der Gewerkschaftsvereine, solche Angriffe rasch und entschieden zurückzuweisen und ihre Solidarität auch einzelnen von Parteiorganen ausgehenden Gewerkschaftsbedrängungen gegenüber zu bekunden. Doch solle die Zurückweisung in Inhalt und Form dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein und nicht der Schärfe

der Ziviltacht dienen, wie so häufig die Unreueplungen unberufener Gewerkschaftskritiker. Die Generalkommission sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam beruhenden Fragen rechtzeitig eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Da indes nach Auffassung des letzteren der Kritik der Parteipresse selbst der Gewerkschaftsbewegung gegenüber keinerlei Schranken gezogen werden könnten, so könne auch der Gewerkschaftspressen nur dringend empfohlen werden, von ihrem Rechte der freien Kritik flüchtig ebenfalls mehr als bisher den notwendigen Gebrauch zu machen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen; die Konferenz beauftragte sich, ihre Einverständnis mit der diese Ausführungen zusammenfassenden Erklärung des Vorsitzenden zu bekunden.

So berichtet das „Correspondenzblatt der Generalkommission“.

Provinz und Umgegend.

Fremderleben, 12. März. (Gemeindevertreterwahl.) Bei der am 12. März stattgefundenen Ergänzungswahl wurde unser Genosse Klapp, der bisherige Vertreter, wiedergewählt, und zwar mit 248 Stimmen, der Gegner erhielt ganze 35 Stimmen. Wir möchten unsere Genossen aber ersuchen, bei dem demnächst zu wählenden vierten Vertreter noch zahlreicher anzutreten. Denn von 863 Wählern, die eingeladen waren, hätten noch mehr zur Wahl erscheinen können. Arbeiter, Bäcker, Backstüben! Erscheint Mann für Mann zur nächsten Wahl! Aus zum Kampf, aus zum Sieg! —

Gr. Ottersleben, 12. März. (Gemeindevertreterwahl.) Am Donnerstag den 12. März, abends 8 Uhr, findet im Ratschalen Lokal eine öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. Festhaltung des Voranschlags für 1906 und Mitteilung in einer Schulfache. —

Gr. Ottersleben, 12. März. (Gemeindevertreterwahl.) Bei der am 12. März stattgefundenen Gemeindevertreterwahl der dritten Klasse wurde der bisherige Vertreter, Genosse Schriftleiter Friedrich Klapp, mit 203 Stimmen wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt, da selbst bürgerliche Wähler für unsere Genossen eintreten. —

Burg, 13. März. (Eine imposante Versammlung.) War die letzte öffentliche, welche sich mit der Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahl befahte. An 500 Personen waren erschienen. Referenten waren die Genossen Blumtritt und Stollberg. Genosse Blumtritt kritisierte in scharfer Weise das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Er ging zunächst auf die Kampfsweise des Freiheits bei den Reichstagswahlen ein und schilderte an der Hand drastischer Beispiele, wie sich diese Partei nur mit den traurigsten Mitteln erhalten könne. Dann erläuterte Klapp eingehend die Ungültigkeitserklärung der Wahl, verpflichtete den Einspruch, der von den bürgerlichen Parteien erhoben war, und forderte die Parteigenossen auf, zu der im November stattfindenden Stadtverordnetenwahl ihre Schuldigkeit zu tun, vor allen Dingen das Bürgerrechtsgeld zu bezahlen, damit sie wahlberechtigt seien. Mit hundertstimmiger Majorität müssen unsere Kandidaten gewählt werden. Das ist die richtige Antwort auf diese neue freisinnige Pöbelerei. Nach einer kurzen Pause erhielt Genosse Stollberg das Wort, um über die Ungültigkeitserklärung seiner Wahl zu sprechen. In der Hand der Ketten legte er der Versammlung dar, wie in den 90er Jahren politische Prozesse entstanden und wie er zu seiner Verurteilung gekommen ist. Von lebhaften Zwischenrufen unterbrochen, kam Klapp zu dem Schluss, dass die hiesige Arbeiterklasse wohl wisse, wen sie gewählt hat; sie würde im November beweisen, dass sie sich durch die gemeine Handlungsweise der Gegner absolut nicht abhalten lassen werde, unsere Kandidaten trotz dem zum Siege zu verhelfen. Nachdem noch zum Schluss zum Abonnement auf die „Volksstimme“ aufgefordert und auch noch einige Ausnahmen in den Sozialdemokratischen Verein gemacht waren, erfolgte Schluss der imposanten Versammlung. —

Burg, 13. März. (Ein Einbruch diebstahl) wurde Sonntag nacht bei dem Bierkeller Krebs, Bahnhofsstraße wohnhaft, verübt. Dem Diebe fielen Zigarren und Zigaretten in ziemlicher Menge in die Hände. Von einem Nachwachbeamten wurde er jedoch bemerkt und nach Verlassen des Ladens verfolgt, wobei er das Gejohlte von sich warf. Er wurde jedoch erkannt, und eine vorgenommene Hausdurchsuchung ergab das Resultat, dass auch Schuwaren, die von dem Einbruch im Ladengeschäft herhühren, vorgefunden wurden. Montag nachmittag wurde der Arbeiter B. Schmidt, welcher schon mehr Straftaten auf dem Kerbholz hat, inhaftiert. —

Halberstadt, 12. März. (Reichstagskandidatur.) Der Wahlverein der konservativen Partei hielt am Sonntag nachmittag eine öffentliche Generalversammlung ab, um sich mit der Aufstellung eines Reichstagskandidaten zu beschäftigen. Der Bund der Landwirte und die Mittelstandsvereinigungen sind an die Konservativen herangetreten, um gemeinsam für die Kandidatur des Herrn Eisenführer-Dannover einzutreten. Mit den Nationalliberalen wollen die Konservativen nicht zusammengehen. Letztere bilden sich ein, mit dem Bunde der Landwirte und der Mittelstandsvereinigungen in die Stichwahl mit den Sozialdemokraten zu kommen. Herr Eisenführer muß ein vielseitiger Mensch sein. Die Konservativen beschließen, ihn als Kandidaten aufzustellen. Somit wäre also der Herr Eisenführer, der uns im vorigen Wahlkampf so manche heitere Stunde bereitet hat, bei dem Bunde der Landwirte und bei den Mittelstandsvereinigungen unter den Tisch gefallen. Auf den Wahlkampf im Jahre 1905 freuen wir uns jetzt schon.

Halberstadt, 12. März. (Infolge von Mißverständnissen) wurde im Inzentral der „Volksstimme“ bekannt gegeben, daß das Vergnügen des Kameraden am Sonntag den 12. März nicht stattfindet. Es muß heißen: Das Vergnügen wird am Sonntag den 13. März, abends 8 Uhr, abgehalten. —

Halberstadt, 11. März. (Der Verein ehemaliger Kameraden) des Infanterie-Regiments Prinz Louis Ferdinand von Preußen zu Halberstadt hat am 9. März 1906 durch einen eingeschriebenen Brief dem Kameraden K. folgenden mitgeteilt: „Wie uns bekannt geworden, sollen Sie Leidenen huldigen, durch welche Sie sich mit dem Zweck des Vereins in Widerspruch setzen. Unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 12 Abs. 2 unserer Vereinsstatuten fordern wir Sie deshalb auf, sich binnen 8 Tagen beim Vorstand entsprechend zu rechtfertigen (Red.), andernfalls wir uns genötigt sehen, Ihre Streichung in der Mitgliederliste anordnen zu müssen. Adolf Herbst, Vorsitzender. Uhlhorn, Schriftführer.“ Der Kamerad K. ist nämlich dem Verband hiesiger Arbeiter beigetreten und dafür vom Kassierdirektor Bunt gemahnet worden. Man soll er auch noch vor das Forum des Kriegervereins geladen werden. Kamerad K. ist aber der Meinung, daß seine privaten Angelegenheiten den Kriegervereins-Vorstand gar nichts angehen und daß der Kriegerverein ihm seine soziale Lage nicht verbessern kann. Er verzichtet deshalb gern auf solche Kameradschaftlichkeit, verbunden mit Parapatriotismus. Die organisierten Arbeiter sollten doch endlich den Kriegerverein und Militärvereinen den Rücken kehren, dann würden die Land- und Wasserpatrioten bald nicht mehr viele Namen in ihren Listen haben. —

(Der Deutsche Flottenverein) ließ hier am Sonntagabend in der ganzen Stadt ein Flugblatt verbreiten, das auf der Vorderseite eine Auflistung der Flottenkräfte der Großmacht bringt. Auf der Rückseite des Blattes findet man ein Klagegedicht über die Kriegsverluste. Die Behauptung, welche darin aufgestellt wird, daß das Nationalvermögen nur durch eine Bergsicherung der deutschen Flotte geschützt werden kann, werden die Leser unseres Blattes recht bald finden. Das Nationalvermögen kann nicht durch Schiffe, Kanonen und Submarine geschützt und gesichert werden, sondern nur einzig und allein dadurch, daß an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Wirtschaftsform tritt. Erst dann wird der Weltfrieden gesichert sein. —

Halberstadt, 13. März. (Die Gemeinderatswahl) findet am morgigen Mittwoch um 10 Uhr vormittags statt. Es scheiden die Herren Kuhn, Bollmann und Deneke aus. Die Arbeiterchaft wird

(ich hoffentlich in diesem Jahre mehr als das letztmal an der Wahl teilnehmen. —

Mernigrode, 12. März. (Brave Leute.) Eine Notiz des konservativen „Intell.“ gab uns kürzlich Gelegenheit, unter vorstehender Stichmarke Kritik zu üben an der Handlungsweise einer Anzahl Maurer, die, wie es in jener Notiz hieß, „sich in einem Verbandszusammenschließen wollten, welcher in der Lage sei, mit den Arbeitgebern in friedlicher Weise zu unterhandeln“. Wir verurteilten dies Verhalten der Maurer, ohne zu ahnen, daß die liebenswürdigen Worte des konservativen Blattes — dem Zentralverband der Maurer gewidmet waren. In Mernigrode besteht eine Lokalorganisation der Maurer, die allen Bestrebungen, sie für den Anschluß an den Zentralverband zu gewinnen, lebhaften Widerstand entgegensetzt, obgleich auch ihnen nicht unbekannt sein kann, daß, je geschlossener die Organisationen der Arbeiter sind, desto mehr Erfolge für diese erlangen werden können. Einzig und allein Vorteil von solchem Ausdehnungslangen haben schließlich die Arbeitgeber. Sie haben sich deswegen auch diesen Streit zwischen Lokal- und Zentralorganisation zuzunutzen gemacht und waren hoch erfreut, als wenigstens eine Anzahl Maurer durch den Beitritt zum Zentralverband den Zentralisationsgedanken anerkannt. Auf Betreiben der Arbeitgeber war denn auch die Notiz in das konservative Blatt geraten. Wir, die wir alle Sonderinteressen verurteilen, konnten nicht anders, als annehmen, daß die Notiz gegen den Zentralverband der Maurer gerichtet sei. Am wenigsten konnten wir etwas anderes annehmen, als es ein konservatives Blatt war, das die Notiz brachte. Zum Beweise, daß eine andre Annahme nicht Platz greifen konnte, sei jene Notiz hier nochmals wiedergegeben: „Vor einiger Zeit trug sich im Mernigrode etwas Ungewöhnliches zu, indem die Maurer den Arbeitgebern rundweg abschlügen, Arbeiten in Mernigrode auszuführen. Der Arbeitgeber hat also nicht mehr zu bestimmen. Dieser ist abhängig von den Arbeitern. Wie wir hören, haben jetzt aber eine Anzahl Maurerpoliere und besser denkender älterer Gesellen eingesehen, daß es für die Zukunft nicht so weiter gehen kann und sie beabsichtigen, sich zu einem Verbandszusammenschließen, welcher in der Lage ist, mit den Arbeitgebern in friedlicher Weise zu unterhandeln und mitwirkend das Rechte vom Unrecht zu scheiden. Die Arbeitgeber des Mernigrodes werden das Vorgehen dieser Leute, welche ihnen gegenüber richtig und gerecht denken, bestimmt antheilhaft, und wünschen man den Besseren und Gesellen zum Gedeihen ihres Vorgehens den besten Erfolg.“ Solche Liebenswürdigkeiten sind einer freien Arbeiterorganisation von einem konservativen Blatt wohl kaum jemals gesendet worden. Unser Stellungnahme war deswegen begreiflich. Hätten wir gewußt, daß sich die Notiz auf den Zentralverband bezog, dann hätten wir wohl über diese Unheimlichkeit den Kopf geschüttelt, im übrigen aber das berechtigete Streben des Zentralverbandes anerkannt. Die ganze Schuld trifft also die Lokalorganisation, die sich zur Freude des Unternehmertums hartnäckig gegen die Zentralisation sträubt. Daß unter diesen Umständen unsere Kritik den Beifall der Lokalorganisationen finden würde, ist begreiflich. Ihr Organ, die „Einigkeit“, drückt unsere Notiz mit aufrichtiger Freude ab und verweist den Zentralverbänden noch einige liebenswürdige Zusätze. Wir wollen nicht gegen die Lokalorganisationen, sondern ihm nur bemerken, daß es aus diesem Vorfall ersieht kann, wohin es führt, wenn Arbeiter unter sich nicht einig sind und sich zu Sonderinteressen hergeben. Den Vorteil haben immer die Arbeitgeber, gegen die geschlossen dazustehen das erste Bestreben der Arbeiter sein sollte. In Mernigrode werden hoffentlich alle Maurer das auch einsehen, der Sonderorganisation den Rücken kehren und geschlossen zum Zentralverband übergehen. —

Gewerkschaftsbewegung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 12. März 1906.

Wegen vorläufiger Körperverletzung mit Todeserfolg war der am 23. Dezember 1884 geborne, aus Gollitzen stammende Arbeiter Johann Rejzal angeklagt. Derselbe war im Jahre 1905 in der Zuckerraffinerie in Klein-Wanzleben beschäftigt, wohnte auch dort in der Arbeiterkaserne. Am Abend des 28. September war eine Anzahl Arbeiter in einem der Zimmer versammelt, wo noch Blechgeschirre vom Abendessen her auf dem Tische stand. Beifolgt durch die gegenwärtigen Getränke entspann sich ein Streit über einen früher einmal vorgekommenen Fahrraddiebstahl. Infolge der Schimpereien fiel der Arbeiter Rejzal zur Erde. Dem Wiegenden soll der Angeklagte dann mit seinem mit einem Stiefel bekleideten Fuße gegen den Unterleib getreten haben, und zwar derart, daß Rejzal eine schwere Verletzung davontrug, an der er am nächsten Tage verstarb. Nach dem eingetretenen hatte, soll Rejzal einen der auf dem Tische stehenden Blechgeschirre ergriffen und den bereits Verletzten noch geschlagen haben. Rejzal, dem man seinen gefährlichen Zustand nicht sofort aufah, wurde dann zur Stubentür hinausgeschoben, während die andern ruhig im Zimmer blieben. Der Angeklagte sah und hörte dann nicht eher wieder etwas von dem Rejzal, bis er am nächsten Tage eher dessen Strebelager gestiftet wurde. Der Angeklagte gibt an, er sei von dem Verstorbenen, der damals sehr angekränkt gewesen sei, schwer gereizt worden und habe ihm deshalb, als jener am Boden lag, mit dem Fuß einen leichten Stoß verjagt, davon könne er aber die tödliche Verletzung nicht erhalten haben, denn er — der Angeklagte — hätte ihn nur gegen die Rückseite des Körpers getreten. Rejzal müßte sich dieselbe nach Verlassen des Zimmers, vielleicht durch einen Fall oder auf irgend eine andre Weise zugezogen haben. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Rejferstein, der die Untersuchung der Leiche mit vorgenommen hat, ist Rejzal infolge einer durch einen Darmstich verursachten Unterleibsverletzung verstorben. Auf Grund der Verhandlung bejahen die Geschworenen nur gefährliche Körperverletzung, verneinen dagegen die nach Todeserfolg. Währende Umständen wurden Angeklagter gelassen. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf vier Monate Gefängnis, die durch die erlittene Unterjuchungshaft für verjagt erklärt wurden. —

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 12. März 1906.

Von der Anklage des Muthers freigesprochen. Der Möbelschänder Friedrich Lorenz hier, geboren 1870, betrieb seit dem Jahre 1902 nebenbei Geldgeschäfte. Die Anklage behauptet, er habe sich für die auf Wechsel gegebenen Darlehen unter Ausbeutung der Notlage, des Reichthums und der Unerfahrenheit gewerblich und gewohnheitsmäßig Wucherzinsen zahlen lassen. Zur Verhandlung stehen vier Fälle. Der Lohndiener Lohne hier ließ sich im Jahre 1903 zur Bezahlung rückständiger Miete 30 Mark auf 4 Wochen und gab dafür 6 Mark Zinsen. Später erhielt Lohne zur Miete und zum Unterhalt der Familie noch zweimal 20 Mark auf 4 Wochen und je 5 Mark Zinsen. Der letzte Posten mußte eingeklagt werden, ist aber bisher nicht gedeckt. Der Schlossermeister Wathhaus aus Leopoldsdorf erkaufte im Jahre 1903 hier in der Zwangsversteigerung ein Grundstück und borgte sich von Lorenz zur Bezahlung der Gerichtskosten 600 Mark auf eine Woche, wofür 15 Mark Zinsen berechnet wurden. Entlastung des Kapitals erfolgte aber erst einige Wochen später. Die verheiratete Berta Wegmann hier befaß bei Högendobeleben eine Ziegelei und lebte in bedrängten Verhältnissen. Zur Lohnzahlung ließ ihr Lorenz im Jahre 1902 auf 2 bis 3 Monate 300 Mark und soll davon 40 Mark Zinsen abgerechnet haben, während Lorenz behauptet, es seien nur 20 Mark gewesen. Im Jahre 1903 kaufte Lorenz zwei Schuldtitel gegen Frau Wegmann über 200 Mark an und zahlte dafür 1600 Mk. Frau Wegmann behauptet, Lorenz habe er dann, ihm ihre Ziegelei durch einen Vertrag vom 22. November 1903 für 2000 Mark zu verkaufen und verrecknete darauf die beiden Schuldtitel über 200 Mark. Frau Wegmann wurde nun Pächterin der Ziegelei und sollte jährlich 800 Mark Pacht vierteljährlich im Voraus zahlen. Bei pünktlicher Pachtzahlung und nach Tilgung der Schuld erklärte Lorenz sich bereit, dem Sohne der Frau Wegmann die Ziegelei zu überlassen. Sie blieb aber 300 Mark Pachtzinsen schuldig. Als sie auf die Mahnung nicht zahlte, verkaufte Lorenz die Ziegelei am 25. November 1904 an den Baumunternehmer Uebe für 4750 Mark, die nach Abzug von 500 Mark Provision bar an Lorenz gezahlt wurden. Frau Wegmann

macher hat später gegen Hebe einen Prozeß angestrengt, der noch schwebt. Nach ihrer Meinung hätte die Hebe einen Wert von 18 000 Mark. Der Sachverständige Schmeißer hat die Hebe im Mai 1905 befestigt und schätzt den Wert auf insgesamt 14 871 Mark. Der Vertrag mit Lorenz könnte mithin nicht als ein reelles Kaufgeschäft angesehen werden. Seine Lage sei nur eine mäßige. Der Staatsanwalt Mah- und ließ auf Grund des Beweisergebnisses die beiden Fälle Lorenz und Matthes fallen, beantragte dagegen Verurteilung in den beiden Fällen Wehnmacher zu 3 Monaten 10 Tagen Gefängnis und zu 2000 Mark Geldstrafe. Die Kammer erachtete Wucher in keinem Falle für erwiesen und sprach den Angeklagten frei.

Urkundenfälschung. Der Schuhmachermeister Wilhelm Dittschoff hier, geboren 1855, war am 2. Februar v. J. mit der Witwe Meta Wötcher in Mietstreitigkeiten geraten. Um die zurückgehaltenen Sachen wiederzubekommen, fertigte er fälschlich die Postkarten vom 9. und 11. Februar v. J. mit den Unterschriften der Armenverwaltung und seines Schwiegersohnes als seines angeblichen gesetzlichen Vertreters an und sandte sie an die Vermieterin. Da der Schwiegersohn sein Zeugnis verweigerte, konnte nur ein Fall der Urkundenfälschung festgestellt werden. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Gefängnis.

Ein Rückfälliger. Der schon öfter bestrafte Schneider Franz Pippert in Hamburg, geboren 1881, stahl im August 1905 aus der Wohnung seines Bruders zu Calbe a. S. einen Schirm und verkaufte ihn für 1,50 Mark. Ferner stahl Pippert dort verschiedenen Personen ein Portemonnaie mit 12 Mark Inhalt und ein Paar Manschettenknöpfe, ein Paar Manschetten mit Knöpfen und hat mittels Einsteigens 6 Mark und 1,50 Mk. Der Angeklagte erhielt wegen dieser im wiederholten Rückfall verübten Diebstähle zusätzlich 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Bermischte Nachrichten.

Eine Skandalversammlung. In Skandaligen ärarischer Art ist es dieser Tage im evangelischen Vereinshaus zu Stettin gekommen. In der „Diffee-Zig.“ ist darüber zu lesen: Als der Professor Dr. Reisser aus Breslau das Podium betrat, um seinen Vortrag über Ehe und Geschlechtskrankheiten zu beginnen, erhob sich plötzlich hinten in dem von Männern und Frauen dichtgefüllten Saal und auf der Galerie ein wahrer Hüllenlärm. Schreien, Pfeifen, Stampeln, Zehlen, dazu ununterbrochene Rufe: „Kaus! Kaus!“ schallten wie durchsichtige und vereinigten sich zu einem unglaublichen Spektakel. Dazwischen wurde mehrfach geschrien: „Der Mann hat 50 kleinen Kindern Syphilisgift eingepflicht!“ Als nach etwa drei Minuten eine leidliche Ruhe eingetreten war, begann Professor Reisser zu sprechen, indem er zunächst bemerkte, wenn die hier soeben gegen ihn laut gewordenen Vorwürfe irgendwie berechtigt wären, so würde er sicherlich jetzt nicht an dieser Stelle stehen, er würde nicht von Tausenden von ernst und angesehenen Männern zu ihrem Vorsitzenden gewählt sein, er würde nicht mehr an einer preussischen Universität Lehrer und damit staatlicher Beamter sein können und nicht in der Weise als Gelehrter geehrt werden, wie es geschehen sei. (Rufe: „Seider!“, „Syphilis!“, „Kaus!“) Seine hier anwesenden Gegner bitte er, ihn nach dem Vortrage zu interpellieren; er werde ihnen Rede und Antwort stehen. Dann begann Professor Reisser seinen Vortrag, der fast ununterbrochen bald stärker, bald

schwächer durch lautes Lachen, Sprechen, gellende Pfeife, besonders auf Pfeifen verschiedener Tonart. Zwischenweise unflätiger Art begleitet und unterbrochen wurde. Häufig schrie der Ruf wieder: „Warum werden Kinder mit Syphilisgift geimpft?“, und zwar in verschiedenen Variationen. Dazwischen machten sich erst scheltend, dann offenerherziger Rufe geltend, die in antisemitischen Versammlungen gang und gäbe sind. Als Geheimrat Reisser etwa drei Viertelstunden unter solchen Umständen gesprochen hatte, begann um 9 1/4 Uhr ein Ständel, den zu beschreiben die Feder bergelöstlich versuchen würde. Es wurde nicht nur in der oben bezeichneten Weise geläutert, sondern es wurde gebellt, gekläut, gequiekt und was sonst noch alles. Rufe, wie „Freie Hand!“, „Judenhandel!“, „Steinigt die Bande!“, wechselten ab mit Ausdrücken, die wiederzugeben der Abstand verbietet. Dieses ohrenbetäubende Getöse dauerte ununterbrochen 20 Minuten; es wurde darauf stark, daß viele Damen den Saal verließen, und daß die drei Schulente, die bis dahin noch standhaft alles mitangehört hatten, jetzt nicht mehr im Saale zu erblicken waren. Das Publikum, das sich einer solchen brutalen Vergewaltigung von seiten einer wenigstens hundertköpfigen Clique von Nadaumachern gegenüber wehrlos sah, gab seinem Wüthen in vereinzelten Auszügen und mehrmaligem demonstrativen Händeklatschen als Sympathiebekundungen für den in solcher Weise angepöbelten Gelehrten Ausdruck. Als schließlich der Lärm in Zügel gebracht worden war, sprach Herr Geheimrat Reisser noch wenige Worte, die aber vollkommen unverständlich blieben, um damit seinem Vortrag einen äußerlichen Abschluß zu geben. Darauf leerte sich allmählich der Saal.

Vereine und Versammlungen.

Holzarbeiter.

Die am Sonntag im „Luisenpark“ abgehaltene außerordentliche Generalversammlung ernannte den Kollegen Kees zum Mitgliede der Siebenerkommission an Stelle des selbständig gewordenen Karl Ebeling. Zum Verbandsstag in Köln wurde Gorgas delegiert. Anträge zum Verbandsstag, welche Unterstützung für Auslieferung oder Maßregelung wegen der Mauseier vorsehen, wurden mit übergroßer Majorität abgelehnt. In der Diskussion kam nur der eine Gedanke zur Geltung, daß es Pflicht eines jeden Holzarbeiters in Magdeburg ist, die Mauseier Mann für Mann auch in diesem Jahre zu begehen. Zur Annahme gelangte der Antrag, Zahlstellen über 500 Mitglieder haben nicht mehr nach Listen, sondern nur nach den verkauften Marken abzuzählen. Dann legte Gorgas den Anschlag der Arbeitgeberverbände an den städtischen Nachweis klar und ging auf die Verhandlungen, welche er mit Herrn Stadtrat Kaiser über den Anschlag unseres Verbandes hatte, näher ein. Gorgas empfahl unter der Bedingung, daß dem Verbandsamt genügende Garantien für seine Rechte gegeben würden, den Anschlag. In der Diskussion wurde allgemein der Gedanke zurückgewiesen und erklärt, der Anschlag könne nur geschehen, wenn bei Differenzen die Vermittlung eingestellt würde. Da hierfür keine Garantien vorlagen, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung nimmt Kenntnis vom Anschlag der Arbeitgeberverbände an den städtischen Arbeitsnachweis, für die Versammlung liegt aber kein Grund vor, ihre Taktik in betreff der Benutzung von Unternehmernachweisen zu ändern und macht es jedem Mitglied zur Pflicht, die „Dreikaiserbund“-Resolution zu beachten und danach zu handeln. Arbeit darf nur durch unsern eignen

Nachweis angenommen werden.“ Wenn die Herren Arbeitgeber auch auf diesem Gebiete Frieden haben wollen, dann bleibt ihnen nichts weiter übrig, als sich mit dem Holzarbeiterverband über den eb. Anschlag zu verständigen. Beharren die Herren weiterhin auf ihrem Standpunkt — die Nichtanerkennung des Verbandes — dann haben sie die Folgen zu tragen. Dies in seinem Schlußwort betonend, machte der Vorsitzende es jedem einzelnen noch zur Pflicht, die Arbeitszeit ab 1. April — 8 1/2 Uhr früh bis 5 1/2 Uhr abends, 1 1/2 Stunden Mittag und Frühstück ohne Besper — einzuhalten und gleichzeitig die Versammlungen am 18. März Mann für Mann zu besuchen.

Vereins-Kalender.

Fermerleben. Arbeiter-Turnverein. Sonnabend den 17. März öffentliche Turnerversammlung. 518

Briefkasten.

S. D., Tangermünde. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Wasserstände.

	Hier.	Spree und Mosbau.	San	Wucht
Zungbrunnen . . .	10. März + 1.70	11. März —	—	—
Damm	+ 1.87	+ 1.53	0.34	—
Budweis	+ 1.44	+ 1.24	0.20	—
Prag	+ 1.74	+ 1.90	—	0.16
Infruit und Saale.				
Strahlfurt	11. März + 3.30	12. März + 2.90	0.40	—
Weissenfels Untp.	+ 2.82	+ 2.74	0.09	—
Troska	+ 4.06	+ 4.10	—	0.04
Alleben	+ 3.86	+ 3.94	—	0.8
Bernburg	+ 3.30	+ 3.35	—	0.05
Calbe Oberpegel	+ 2.38	+ 2.41	—	0.03
Calbe Unterpegel	+ 3.30	+ 3.38	—	0.08
Mulde.				
Deffau	11. März + 1.98	10. März + 1.97	0.01	—
Elbe.				
Hardubitz	10. März + 2.30	11. März + 2.86	—	0.56
Brandels	+ 1.82	+ 1.94	—	0.12
Melmit	+ 1.80	+ 2.14	—	0.34
Leitmeritz	+ 1.52	+ 1.68	—	0.16
Muffig	11. „ + —	12. „ + 2.59	—	—
Dresden	+ 1.02	+ 1.22	—	0.20
Torgau	+ 3.33	+ 3.44	—	0.11
Wittenberg	+ —	+ 3.86	—	—
Hoylau	+ 3.46	+ 3.53	—	0.07
Harz	+ 3.80	+ 3.96	—	0.16
Schneebed	+ 3.49	+ 3.62	—	0.13
Magdeburg	12. „ + 3.34	13. „ + 3.42	—	0.08
Tangermünde	11. „ + 4.05	+ 4.07	—	0.02
Wittenberge	+ 3.70	+ 3.72	—	0.02
Proba-Dmitz	+ 3.08	+ 3.16	—	0.08
Bauerburg	+ 2.98	+ 3.07	—	0.09

nur gegen bar. — Feste Preise.

Zur
Konfirmation
Schwarze und
feinfarbene

Kleiderstoffe

Meter 75 Pf. und 1.00 Mk.

Prachtvolle Auswahl aller Neuheiten in besten Stoffen.

Carl Kriegsmann
Ecke Hauptwache
Rabattmarken! • Rabattmarken!
Nirgends billiger.

Freireligiöse Gemeinde, e. V., Magdeburg.

Öffentliche Volksversammlung

Sonntag den 15. März 1905, abends 8 1/2 Uhr, im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c
Prediger Dr. Kramer, Magdeburg 3014
spricht über

Das neue Schulgesetz und der Austritt aus der Landeskirche.

Das ungemein große Interesse, das die gesamte Bevölkerung an dieser Gesetzbildung nimmt, bedingt es, diese Versammlung zu besuchen und dadurch öffentlich Protest einzulegen gegen die Vergewaltigung der Schule und damit verbundene Schädigung einer gesunden Volksbildung.

Ortskrankenkasse für die im Maler- und Lackierergewerbe beschäftigten Personen der Gemeinde Magdeburg einschl. Sudenburgs und Buckaus.

Generalversammlung

am Donnerstag den 15. März, abends 8 Uhr, in Müllers Restaurant, Tischlerstraße 22.
Tagesordnung: 1. Jahres- und Kasienbericht. 2. Bericht des Rechnungsausschusses. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. G. Helmdag, Vorsitzender.

Tätowierungen entfernt

Schmerzlos und sicher in kurzer Zeit
neue Tätow. Preis 3.50 Mark
gegen vorherige Einm. od. Nachn.
Laborant Beckhaus 3002
Mausheim, Lorenzstraße 26.
Rein Schmidt, Frau Carl Friedrich

Standesamt.

Magdeburg-Mühlstadt, 12. März.
Aufgebote: Buchhalter Alfred
Nitter hier mit Hedwig Franziska
in Beien. Militärarzt Dr. Theodor
Schlager hier mit Katharina Meyer
in Viktorien. Lokomotivführer
August Hering hier mit Elisabeth
Zelge in Braunschweig. Eisen-
bahnarbeiter. August Beinberg
hier mit Anna Endow in Braunschweig.
Arbeiter Heinrich Christian
Friedrich Vogelsohn mit Marie
Bertha Hünding geb. Gutz in

dorf. Kaufmann Hermann Emil
Ernst Feindler in Gr.-Salze mit
Josephine Gertrud Rainaldie Dand
in Leipzig. Zeichner Wilhelm
Grahmann mit Olga Wuttke. Mar-
schallmeister Franz Wende mit Emma
Bräuer.

Geburten: Erich, S. des Ar-
beiters Karl Kraumann. Gerda, S.
des Arbeiters Gustav Schulze.
Willy, S. des Arbeiters Friedrich
Doerge. Nora, S. des Chemikers
Abrian Berghege. Rosa, S. des
Arbeiters Richard Reichardt. Erich,
S. des Arbeiters Gustav Schierer.
Fritzsche Erich, S. des Zimmer-
meister Henschel. Gerhard, S.
des Mechanikers Otto Ritzke. Hans,
S. des Bauhüchlers Hugo Stofze.

Todesfälle: Witwe Christiane
Zedzig geb. Lane, 80 J. 6 M. 1 T.
Witwe Luise Döberge geb. Richter,
75 J. 8 M. 2 W. 1 T.
Ereder geb. Schmidt, 69 J. 1 M.
11 T. Major-Witwe Marie Jes-
sner geb. Zente, 63 J. 7 M. 2 T.
26 T. Henriette geb. Hoppe, Ehe-
frau des Hofmeisters Friedrich
Jahn, 65 J. 8 M. 11 T. Ar-
beiterin Johanna Hermann
Bräuer geb. 3 M. 20 T. Maria,
30 J. 10 T. Zahnärztin Maria

Bruchhahn, unehelich, 29 J.
11 M. 3 T. Gertrud, T. des
Bauzeichnungsbeamten Andreas Müller,
1 J. 2 M. 6 T. Bruno, S. un-
ehelich, 11 T.

Sudenburg, 12. März.
Aufgebote: Arb. Friedrich
Franz Ferdinand Wolf mit Friederike
Bertha Siebau. Maurer Albert August
Heinrich Fuhrmann mit Wilhelmine
Mattigkeit.

Geburten: Elja Luise Emma,
unehel. Anna, T. des Arbeiters
Franz Lohbeck. Hilde, T. des
Lehrers Franz Schröder. Bruno,
S. des Friseurs Friedrich Börger.
Hans, S. des Friseurs Friedrich
Ehler.

Todesfälle: Böttcher Gottfried
Karlmann, 74 J. 1 M. 10 T.
Arb. Kasimir Gofinski, 56 J. 10 T.
Eisen-Rangiermstr. August Bipo,
47 J. 4 M. 7 T. Witwe des Kaufm.
Wilh. Hoffe, Auguste geb. Zechmann,
76 J. 4 M. 4 T. Hofmeister Friedrich
Germer, 53 J. 9 M. 1 T. Bruno,
S. des Friseurs Friedrich Börger,
7 St.

Buckau, 12. März.
Geburten: Kurt, S. des Arb.
Friedrich Köpfl. Emma, T. des
Schmieds Karl Meier. Friedrich,
S. des Müllers Friedrich Krause.
Richard, S. des Schlossers Otto
Knie. Cecilia, T. des Schmieds
Paul Schopp.

Todesfälle: Katharine geb.
Hoffmeyer, Ehefrau des Arb. Franz
Reichmann, 76 J. 3 M. 8 T.
Heinrich, S. des Formers Heinrich
Walter, 1 M. 13 T.

Neustadt, 12. März.
Aufgebote: Schlosser Wilhelm
Daniel mit Emma Alwine Doof.
Ehevermittlung: Schuhmacher
Otto Köhde mit Emma Mathes.
Geburten: Clara, S. des
Kaufmanns Karl Heinrich. Marg-
arete, T. des Bondjagehneiders
Karl Buchholz. Hans, S. des
Arbeiters Hugo Bauer.

Todesfälle: Charlotte, T.
des Holzlegers Wilhelm Schooten-
hof, 3 M. 20 T. Maria, T. des
Arbeiters August Mangold, 1 J. 14

M. 6 T. Glasierer Otto Sach-
mund, 44 J. 4 M. Walter, S.
des Arbeiters Friedrich Diegner,
2 J. 27 T. Arbeiterinvalide Gott-
fried Kersten, 62 J. 10 M. 15 T.
Otto, S. des Schlossers Gustav
Sehmann, 2 M. 10 T. Heizer Karl
Seidemann, 49 J. 25 T.

Aufgebote: Rangierer Otto
Kaul mit Marija Knopf. Kesself-
schmied Wilhelm Probst mit Anna
Fenneberg.

Geburten: T. des Arbeiters
Johann Galonka.
Todesfälle: Verwitwete Frau
Wilhelmine Diebring geb. Schröder,
79 J. 5 M. 10 T. Frau Friederike
Hengstmann geb. Eberding, 76 J.
10 M. 7 T. Invalide Karl Deide,
52 J. 6 T. Eisen-Assistent Rob.
Schütze, 47 J. 5 M. 16 T.

Aufgebote: Kaufmann Karl
Pfeffer hier mit Meta Brandt in
Magdeburg. Fabrikarbeiter Robert
Stod mit Emma Krauß. Fabrik-
arbeiter Karl Hübler mit Anna
Demann. Fabrikarb. Paul Schönian
mit Bertha Schapitz.

Ehevermittlung: Stellmacher
Georg Schneider mit Marie Mel.
Arb. Julius Hagefeld mit Marie
Beutler.

Geburten: Helene, T. des
Arb. Martin Gowinski. Elisabeth,
T. des Maschinenbauers Oswald
Willer.

Todesfälle: Frau Katharina
Koder geb. Germer aus Belsleben,
65 J. 6 M. 2 W. unehelich, 2 M.
Emma, T. des Maschinenbauers Karl
Dornemann, 2 J.

Strahlfurt.
Ehevermittlung: Bauhül-
fer Wilhelm Nauke in Ronnen-
berg mit Marie Köhmann in
Brehm. Fabrikarbeiter Adolf Heine-
mann in Söderburg mit Emma
Sie hier.
Geburten: T. des Fabrik-
arbeiters Johann Krause. T. des
Bergarbeiters Albert. T. des Ar-
beiters Friedrich Wehmer.
Todesfälle: Luise Hartkepp,
4 M. Karl Pfeiffer, 1 M.

Nach langem schweren Lei-
den starb unser untergeklärter
Sohn 1206

Ernst Kirchner.

Um fittes Beileid bitten
Theodor Kirchner
und Frau
St. Michaelsstraße 37.
Die Beerdigung findet Donnerst-
tag vormittag 9 Uhr auf dem
alten Sudenburger Friedhof statt

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Verwaltung Magdeburg.

Nachruf.

Sonnabend den 10. März
haben die Kollegen
Gottfried Kersten und
Otto Lachmund. 461
Wir werden ihr Andenken
in Ehren halten.
Die Verwaltung.

Sozialdemokratischer Verein Holzgasse.

Todesanzeige.

Am Mittwoch früh 1/5 Uhr
verstarb nach kurzer Krankheit
der Zimmermann
Karl Sopha.
Wir werden ihm stets ein
treues Andenken bewahren.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch nachm. 4 Uhr statt.